

Innenpolitischer Sorgendruck steigt

Probleme im Bereich soziale Sicherheit, Verkehr und Energie gewinnen an Wichtigkeit



41. Credit Suisse Sorgenbarometer

Schlussbericht, Oktober 2017

Projektteam

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschaftler

Cloé Jans Politikwissenschaftlerin

Petra Huth Politikwissenschaftlerin

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Bern, 23. November 2017
Copyright by gfs.bern
Publikation im Rahmen des Bulletins der Credit Suisse

Inhaltsverzeichnis

1	EINLEITUNG	5
1.1	Befragungskonzept	5
1.2	Befragungskontext	6
1.3	Datenbasis	7
1.4	Management Summary	8
2	BEFUNDE	10
2.1	Problembewusstsein	10
2.1.1	Sorgen: heute, gestern, morgen	10
2.1.2	Sorgen nach Untergruppen	17
2.1.3	Vergleich mit realen Entwicklungen	20
2.2	Politische Ziele der Schweiz	24
2.3	Aussenpolitik und Zusammenarbeit mit der EU	28
2.4	Wirtschaftliches Umfeld	33
2.5	Kritik und Vertrauen in Institutionen	38
2.5.1	Wirtschaftsversagen vs. Politikversagen	38
2.5.2	Vertrauen in verschiedene Akteure	41
2.6	Altern in der Schweiz	45
2.7	Zufriedenheitsfaktoren	49
3	SYNTHESE	51
4	ANHANG	53
4.1	gfs.bern-Team	53

1 Einleitung

Das Credit Suisse Sorgenbarometer ist eine jährliche Studie zur Erfassung und Beobachtung der Meinung von Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Das Sorgenbarometer existiert bereits seit 41 Jahren und wird seit 1995 durch gfs.bern erhoben. Die Struktur der Grundfragen ist heute seit über 10 Jahren unverändert. Aus diesem Grund ist das Sorgenbarometer ein bestens geeignetes Instrument, um die Stimmung und Meinung der Bevölkerung einzufangen – im Rahmen des aktuellen Kontexts wie auch im Zeitverlauf.

Von Interesse für die Studie ist, welche politischen Fragen und Themenbereiche den Stimmberechtigten besonders grosse Sorgen bereiten und welche Themen die Bevölkerung als mehr, welche als weniger dringlich einschätzt. Erfasst werden zudem auch die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und politischen Umfelds sowie die Beurteilung der gesellschaftlichen und politischen Institutionen.

In einem zusätzlichen, separaten Teil der Erhebung wird auch auf die Wahrnehmung der eigenen Identität der Schweizerinnen und Schweizer eingegangen (siehe separater Bericht "Identitätsbarometer").

Das Sorgenbarometer und das Identitätsbarometer bilden somit ein umfassendes und langjähriges demoskopisches Instrument zur Erfassung des gesellschaftlichen und politischen Pulses der Schweizer Bevölkerung.

1.1 Befragungskonzept

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch ihre Fähigkeit aus, sich selber zu beobachten. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist die hohe Verbreitung und Nutzung von Massenmedien wie Zeitungen, Fernsehen oder Internet (Medienellschaft). Öffentlichkeit entsteht heute weniger durch die Begegnung auf dem Markt oder die Versammlung von Gesinnungsgenossen, sondern wird massenmedial hergestellt. Die mediale Öffentlichkeit ist eine Öffentlichkeit, deren Entstehung eigenen Gesetzen folgt und die stets nur einen Teil der Realität widerspiegelt. Aus diesem Grund ist es essenziell, diese sogenannte Medienrealität zu ergänzen.

Zu den zentralen Möglichkeiten der selbstreflexiven Berichterstattung ausserhalb der Massenmedien zählt die Umfrageforschung. Um es gleich vorwegzunehmen: Auch die Umfrageforschung ist zu gewissen Teilen selektiv. Es wird ein Bild der Befindlichkeit von Bürgerinnen und Bürgern vermittelt, egal ob sich diese Befindlichkeit in der medialen Realität ausdrückt oder nicht. So kann erfasst werden, wie sich Menschen verhalten, was sie denken, wie sie sich informieren und welche Schlüsse sie daraus in einer konkreten Situation ziehen.

Die Medienrealität, Resultate der Umfrageforschung und die eigenen Erfahrungen jeder einzelnen Person sind (im Idealfall) zentrale Referenzen für die Politik, wenn es darum geht, Entscheidungen zu fällen. Politische Akteure wollen wissen, ob eine Entscheidung für die Menschen als Bürgerinnen und Bürger von Belang ist und ob sie diese unterstützen oder ablehnen.

Das Forschungsinstitut gfs.bern geht im Sorgenbarometer genau diesen Fragen nach. Das Sorgenbarometer ist angelegt als ein demoskopisches Instrument zur Beobachtung von Meinungen der Schweizer Bürgerinnen und Bürger über politisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen. Die Bürgerschaft wird dabei mit der stimm- und wahlberechtigten Bürgerschaft gleichgesetzt.

Monitore wie das Sorgenbarometer sind auf Zeit angelegt. Damit werden nicht nur momentane Stimmungslagen und Meinungen ermittelt, sondern auch län-

gerfristig gültige Trends bei Einstellungen und Verhaltensweisen. Das Sorgenbarometer fokussiert dabei auf drei – seit über zehn Jahren gleichbleibende – Fragestellungen. Diese lauten:

- Was sind die grössten **Sorgen** der stimmberechtigten Schweizerinnen und Schweizer und wo liegt deren Priorität in der Problemwahrnehmung?
- Wie nehmen die Bürgerinnen und Bürger das **wirtschaftliche Umfeld** wahr?
- Wie beurteilen sie die **gesellschaftlichen und politischen Institutionen**?

Um der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem internationalen Umfeld, in dem sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wird der Fragebogen des Sorgenbarometers jährlich neu evaluiert und moderat auf die jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse angepasst. Das gilt insbesondere für die wahrgenommenen Problemfelder sowie die Stärken oder Schwächen der Schweiz. Beispielsweise wurden neben möglichen aktuellen Problemen (z. B. religiöser Fundamentalismus, Bankkundengeheimnis und Seuchen) weitere Präzisierungen der schon länger bestehenden Probleme vorgenommen (z. B. Ergänzung der Wirtschaftsentwicklung um die Begriffe Wirtschaftskrise und Konjunktur). Ausserdem wurden neue Fragen rund um das Thema Eurokrise in die Sorgenliste integriert. In diesem Jahr wurde zudem ein Fokus auf die Alterung der Gesellschaft und die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger beigefügt.

1.2 Befragungskontext

Wie beschrieben, ist die Sorgenwahrnehmung einer jeden Person stark durch (externe) Kontextfaktoren geprägt: Weltweite, aber auch regionale Geschehnisse und deren Vermittlung durch die Massenmedien und immer mehr auch die sozialen Medien sind dabei entscheidend.

Mit dem Brexit und der Wahl von Donald Trump war 2016 politisch gesehen ein "Jahr der schwarzen Schwäne". Es traten Ereignisse ein, die so ohne Präzedenzfall und nur schwer vorhersehbar waren. Es war auch ein Jahr, in dem international gesehen konservative, populistische Kräfte eher Auftrieb hatten. 2017 stellt wieder eine Abschwächung dieser Entwicklungen dar. Aus den USA dominieren Nachrichten einer Präsidentschaft im Chaos. In Frankreich verliert die Rechtspopulistin Marine Le Pen das Rennen um das höchste Amt im Land deutlich gegen einen Newcomer ohne etablierte Partei und in England verliert die Partei der Brexit-Premierministerin Theresa May Opfer bei vorgezogenen Wahlen deutlich Anteile des Elektorats.

Diesen Ereignissen zum Trotz liegt der politische und mediale Fokus in der Schweiz nach einem sehr stark durch die Aussenpolitik geprägten Jahr 2016 wieder etwas mehr auf dem Inland. Das hängt sicher auch mit den politischen Vorlagen zusammen, die im Februar und Mai dieses Jahres zur Abstimmung kamen.

Nach der Ablehnung der Durchsetzungsinitiative 2016 gab die Stimmbevölkerung Anfang 2017 mit dem Ja zur erleichterten Einbürgerung ein weiteres ausländerpolitisches Signal. Deutlich verworfen wurde dagegen die Unternehmenssteuerreform III. Das Argument eines "Beschisses am Mittelstand" der Gegner schien wirksam.

Nach der Finanzpolitik und der Einbürgerungspolitik beschäftigte im Mai mit dem Energiegesetz ein drittes innenpolitisches Thema. Mit dem Ja zum Energiegesetz erteilte das Volk nicht nur der Energiestrategie 2050 des Bundesrates den Segen, sondern beschloss zugleich auch den Ausstieg aus der Atomenergie. Die Umweltpolitik rückte damit zum ersten Mal seit der Atomkatastrophe von Fukushima wieder in den Fokus von Politik und Medien.

Die Frage des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen war zur Zeit der Durchführung der Umfrage ein zentrales Thema, das die Politik wie auch die Medien stark beschäftigte. Die Aufmerksamkeit, die dem Thema geschenkt wurde, wurde zu dem durch die anstehende Ersatzwahl für den Bundesrat verstärkt. Zwei der drei Kandidierenden für die Nachfolge von Didier Burkhalter waren in ihren Interessen und bisherigen Engagements im Gesundheitswesen stark engagiert.

1.3 Datenbasis

Grundlage des Sorgenbarometers ist eine jährliche Befragung der Stimmberchtigten in der ganzen Schweiz. Die Daten werden mittels persönlicher Interviews (sogenannter Face-to-Face-Interviews) erhoben. Die Interviews wurden zwischen dem 26. Juni und dem 15. Juli 2017 durchgeführt. Insgesamt wurden 1'000 repräsentativ ausgewählte Personen befragt. Über die genauen Eckwerte dieser Umfrage orientiert die nachstehende Übersicht.

Tabelle 1

Technischer Kurzbericht Sorgenbarometer 2017

Auftraggeber	Credit Suisse
Grundgesamtheit	Stimmberchtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Politisches Gemeindeverzeichnis der Schweiz
Datenerhebung	Face-to-Face
Art der Stichprobenziehung gesichtet nach	Zufallsauswahl der Orte, Quotenauswahl der Befragten Sprachregion
Befragungszeitraum Mean-Day	26. Juni bis 15. Juli 2017 6. Juli 2017
Stichprobengrösse	minimal 1'000, effektiv 1'000 n DCH: 700, n FCH: 250, n ICH: 50
Stichprobenfehler	±3.2 Prozent bei 50/50 und 95%iger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Befragungsdauer Mittelwert	67 Minuten
Standardabweichung	6.1 Minuten
Publikation	Dezember 2017

© gfs.bern, Sorgenbarometer 2017

Angaben aus repräsentativen Stichprobenerhebungen unterliegen einem statistischen Stichprobenfehler. Dieser resultiert daraus, dass man nur einen zufällig ausgewählten Teil und nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit aller Schweizer Stimmberchtigten befragt hat. Je mehr Mitglieder der Grundgesamtheit interviewt werden, desto mehr nähert sich das Befragungsergebnis dem Resultat in der Bezugsgruppe an. Im Falle des Sorgenbarometers wurden 1'000 Personen befragt. Der so verbleibende statistische Stichprobenfehler beträgt ±3.2 Prozentpunkte. Das heisst, dass ein Wert, der mit 50 Prozent angegeben wird, (mit 95%iger Wahrscheinlichkeit) zwischen 46.8 und 53.2 Prozent liegt. Maximale Abweichungen sind dabei unwahrscheinlich, minimale wahrscheinlicher.

Die Interviews wurden vom gfs-Befragungsdienst realisiert. Zum Einsatz kamen rund 40 instruierte Befragerinnen und Befrager, welche die persönlichen Interviews vor Ort realisierten. Der Fragebogen beinhaltete sowohl die im vorliegenden Bericht vorgestellten Fragestellungen, als auch diejenigen zum Identitätsmonitor. Die Interviews dauerten im Durchschnitt 67 Minuten.

Die Datenanalyse erfolgte nach den üblichen statistischen Grundsätzen. Abweichungen innerhalb des Stichprobenfehlers werden nur sehr zurückhaltend kommentiert. Damit wird der Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen Rechnung getragen. Der Zusammenhang zwischen zwei Variablen wird doppelt bestimmt: Zunächst mit Signifikanztests, dann mittels Korrelationsanalysen. Erstere sagen aus, ob von einem Zusammenhang im statistischen Sinne überhaupt gesprochen werden darf. Zweitere analysieren, wie stark ein existierender Zusammenhang ist. Werden gleichzeitig mehrere Einflussfaktoren getestet, wird eine Regressionsanalyse eingesetzt. Diese quantifiziert die Einflüsse einzelner Faktoren auf ein Ergebnis.

Um der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem internationalen Umfeld, in dem sich die Schweiz befindet, besser Rechnung tragen zu können, wurde der Fragebogen des Sorgenbarometers ab 2009 jährlich leicht angepasst. Damit adressiert er auf aktuelle Art und Weise Problemfelder und wahrgenommene Stärken sowie Schwächen der Schweiz. So wurden neben möglichen aktuellen Problemen (z. B. Benzin-/Erdölpreis, Börsenkrise, Finanz-/Bankenkrise, religiöser Fundamentalismus, Bankkundengeheimnis, Seuchen) weitere Präzisierungen der bestehenden Probleme vorgenommen (z. B. Ergänzung der Wirtschaftsentwicklung um die Begriffe Wirtschaftskrise und Konjunktur). Zum anderen wurden neue Fragen rund um die Situation der EU und ihre Beziehungen zur Schweiz oder die Entwicklung in den USA in die Sorgenliste integriert.

1.4 Management Summary

Befund 1

Die vier traditionellen Themenkomplexe, welche die Sorgenlandschaft der Schweizerinnen und Schweizer strukturieren, bleiben bestehen: die Migrationsthematik (Ausländerinnen/Ausländer/Flüchtlinge), die wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitslosigkeit/Euro-Krise), die Beziehung zu sowie Entwicklung in Europa (EU/Europa/Euro-Krise) und das Bedürfnis nach individueller Sicherheit sowie Wohlbefinden (Altersvorsorge/Gesundheit, Krankenkassen) fassen die wichtigsten Sorgen zusammen. In der Priorisierung der vier Themenkomplexe ergeben sich aber Verschiebungen.

Befund 2

Nachdem die Ausländerthematik und auch die Flüchtlingsfrage ab 2009 immer mehr an Problemdruck dazugewonnen haben, setzt sich diese Entwicklung seit 2015 nicht weiter fort. Seit dem letzten Befragungsjahr gewinnen stattdessen Probleme im Themenkreis der sozialen Sicherheit und Gesundheit – klassische innenpolitische Themen – an Wichtigkeit. In der langen Frist seit 2003 rücken zudem die Themen Verkehr und Energie auf tieferem Niveau vor.

Befund 3

Aus einer ökonomischen Sicht sind die Krisenjahre vorbei. Die Wirtschaft ist in den Augen der Stimmberchtigten rehabilitiert. Der Anteil Schweizerinnen und Schweizer, die der Meinung sind, dass die Wirtschaft selten oder nie versage, ist so gross wie in den letzten 20 Jahren nie, und auch Banken und Konzernen allgemein wird wieder Vertrauen geschenkt.

Befund 4

Die Wünsche der Stimmberchtigten im Umgang mit der Beziehung zur EU sind seit Jahren stabil und werden ganz klar durch das Bedürfnis geprägt, die bilateralen Verträge fortzusetzen. Eine Kündigung der Bilateralen ist für Mehrheiten kein Thema. Die Kontrolle der Einwanderung über Kontingente ist aber weiterhin mehrheitlich gewünscht.

Befund 5

Die Frage der Zuwanderung und der Beziehung zur EU wird besonders in der Romandie zuweilen kritisch bewertet. Das Thema der Ausländer und Ausländerinnen wird in der Romandie als deutlich grösseres Problem wahrgenommen als in der Deutschschweiz. Der Anteil, der sich eine Kontrolle der Zuwanderung mittels Kontingenten wünscht oder die Kündigung der Bilateralen als Option in Betracht zieht, ist ebenfalls grösser als in der Deutschschweiz, wo man sich auch einen EU-Beitritt eher vorstellen kann.

Befund 6

Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Institutionen geniessen in der Schweiz traditionell sehr grosses Vertrauen. An diesem Befund hat sich auch dieses Jahr nichts geändert. Die Stimmberchtigten differenzieren dabei allerdings weniger zwischen den einzelnen Institutionen als früher und schlagen beispielsweise die Medien verstärkt über einen Kamm. Während das Vertrauen in der Deutschschweiz fast überall gegeben und recht hoch ist, herrscht in der Romandie dagegen eine kritischere Beurteilung vor.

Befund 7

Der Einfluss moderner Technik und Medizin auf die Lebenserwartung wird weitgehend positiv gesehen. Auch der Zeit bis ins hohe Alter wird eher positiv entgegengesehen. Gerade bei Betagten zeigen sich aber auch kritische Meinungen. Die Erwartung, dass Menschen im hohen Alter künftig besser in die Gesellschaft eingebunden werden, wird klar geäussert. Diese Erwartung ist auch ein essentieller Treiber für die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem Leben.

2 Befunde

2.1 Problembewusstsein

Im folgenden Kapitel wird das Problembewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer aktuell und im Zeitvergleich dargelegt. In einem ersten Schritt werden die Befunde zur ungestützten Problemwahrnehmung präsentiert. Dabei handelt es sich um spontane Nennungen, bei denen die Befragten ganz zu Beginn der Befragung gebeten wurden – ohne Input durch Fragebogen, Befragerin oder Befrager – jene fünf Probleme zu nennen, die in ihren Augen in der Schweiz aktuell am dringlichsten sind. In einem nächsten Schritt erfolgt eine differenziertere, durch vorgegebene Themenbereiche respektive Problemfelder gestützte Auseinandersetzung mit den Sorgen der Bevölkerung. Diese Ergebnisse bilden den eigentlichen Kern des Sorgenbarometers. Konkret werden den Befragten Kärtchen mit möglichen Problemen vorgelegt, aus denen sie jene fünf auswählen sollen, die sie persönlich für die wichtigsten Probleme der Schweiz erachten. Auf dieser Sorgenskala basieren die definitiven Zahlen des Sorgenbarometers, welche wir auch mit Resultaten aus früheren Jahren vergleichen. Die Befragten werden anschliessend gebeten, von den zuvor bezeichneten fünf Problemen dasjenige auszuwählen, welches ihrer Meinung nach am dringendsten einer Lösung bedarf. Die Rangliste der dringendsten Probleme beruht auf dieser Fragestellung.

In einem zweiten Teil dieses Kapitels wird auf Unterschiede in der Sorgenwahrnehmung in den Untergruppen eingegangen. Schliesslich werden die fünf grössten Sorgen der Bevölkerung im Kontext von realen, mit den Sorgen zusammenhängenden Kennzahlen diskutiert. Beispielsweise wird untersucht, inwiefern die Sorge um die Arbeitslosigkeit mit der realen Arbeitslosenquote zusammenhängt.

2.1.1 Sorgen: heute, gestern, morgen

Die Arbeitslosigkeit ist traditionell das Thema, das von den Schweizerinnen und Schweizern spontan als grösstes Problem des Landes genannt wird. Allerdings nimmt die Dominanz des Themas im Vergleich zu allen anderen spontan genannten Problemen in den letzten Jahren eher ab. So waren es 2016 noch 46 Prozent (-9 %), die Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem nannten.

Eindeutig an Dringlichkeit verloren hat in den Augen der Stimmberechtigten aber auch das Thema der Einwanderung. Im letzten Jahr war dies das am zweitmeisten genannte Problem, heute reicht die Anzahl Nennungen nur noch knapp für die Top 10 der spontan wichtigsten Probleme. Zu den "Verlierern" gehört schliesslich auch das Thema Wirtschaftslage. 2016 belegte dieses Problem den dritten Rang, aktuell ist es auf Platz fünf zurückgefallen.

Während die Wirtschaft und die Zuwanderung den Stimmberechtigten insgesamt weniger Sorgen bereiten als auch schon, rücken stattdessen andere Problemfelder in den Fokus. Zum einen beschäftigt die soziale Sicherheit – die Altersvorsorge und die Gesundheit. Zum anderen sieht man offensichtlich deutlich mehr Problemdruck bei Umweltfragen. Sowohl die Nennung von Umweltproblemen als auch die der Atomenergie ist 2017 neu in den Top 10 der wichtigsten spontan genannten Probleme zu finden.

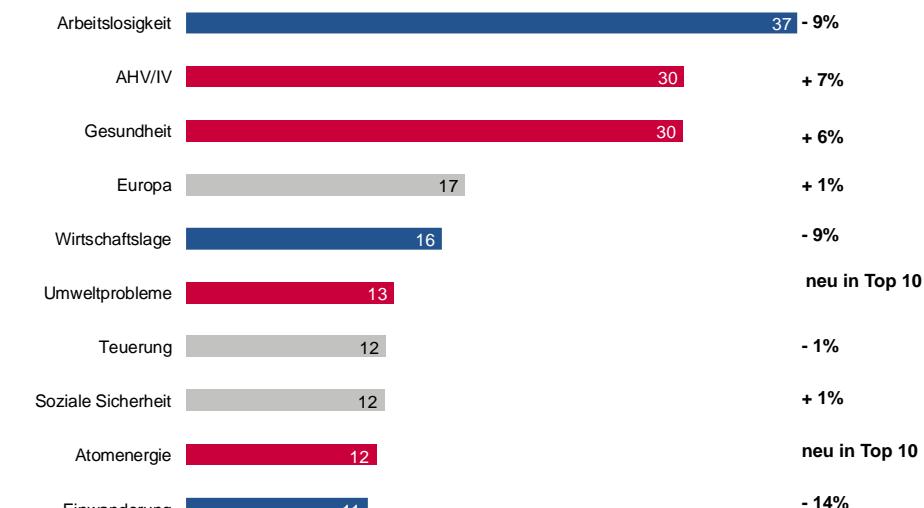
Grafik 1

Die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz (spontane Nennungen)

"Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz?"

in % Stimmberchtigter

Veränderung zu 2016



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Anmerkung: Blau = Abnahme spontane Nennungen grösser Stichprobenfehler, Rot = Zunahme spontane Nennungen grösser Stichprobenfehler, Grau = Veränderung spontane Nennungen innerhalb Stichprobenfehler. Es handelt sich bei diesen Auswertungen um uncodierte, nicht gruppierte Nennungen.

Im Gegensatz zu der eben diskutierten *offenen* Frage basieren die nun folgenden Auswertungen auf gestützten Fragen. Zu diesem Zweck wird den Befragten eine Auswahl von knapp 40 Themen vorgelegt, aus denen dann jene fünf ausgewählt werden, die von ihnen persönlich als wichtigste Probleme wahrgenommen werden.

Auch hier sehen die Schweizerinnen und Schweizer die Arbeitslosigkeit wie auch die Altersvorsorge an erster Stelle, diesmal sogar punktegleich. Anders als bei den spontanen Nennungen nimmt die Ausländerfrage hier eine wichtigere Rolle ein, und auch die Flüchtlings- und Asylfrage rangiert unter den wichtigsten Problemen.

Weiter ist die soziale Sicherheit auch in der gestützten Frage ein zentrales Thema. Nebst der AHV/Altersvorsorge wird das Thema Gesundheit/Krankenkassen von 26 Prozent der Befragten zu den wichtigsten zehn Problemen gezählt. Die soziale Sicherheit als eigene Nennung wird von 18 Prozent der Befragten als Problem wahrgenommen.

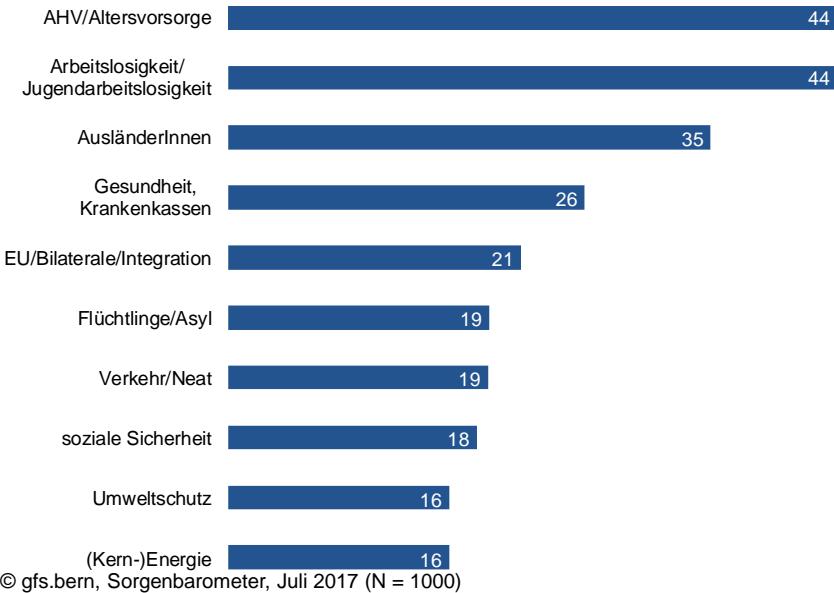
Knapp jede fünfte Person zählt Verkehrsfragen respektive die Neat zu den wichtigsten Problemen und etwas mehr als jede sechste Person nennt Umweltfragen respektive die Problematik der (Kern-)Energie.

Zieht man eine erste (frühe) Zwischenbilanz der akuten Problemwahrnehmung in der Schweiz, so ist die politische und mediale Agenda in der Wahrnehmung der Stimmberchtigten durchaus gespiegelt. Innenpolitische Themen – gerade im Bereich der sozialen Sicherheit und der Umweltfragen – sind im Kern abgebildet.

Problembewusstsein 2017 (1/4)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberchtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Die Analyse des Problembewusstseins über die Zeit illustriert die im Ansatz bereits diskutierte Entwicklung: Die Arbeitslosigkeit bleibt die wichtigste Frage, sie verliert aber eindeutig an Dringlichkeit seit 2003. Die Ausländerthematik gewinnt zwischen 2009 und 2015 an Wichtigkeit, vor zwei Jahren stellte sich dieser Trend aber ein. Im Vergleich zum letzten Jahr liegt die Abnahme beim Problemdruck der Ausländerfrage innerhalb des Stichprobenfehlers. Im Vergleich zu 2015 ist sie jedoch eindeutig zu beobachten. Bei der Flüchtlingsfrage nimmt der Problemdruck bereits zum zweiten Mal in Folge deutlich ab.

Im Gegensatz dazu erfährt die Altersvorsorge in der Problemwahrnehmung der Stimmberchtigten dieses Jahr einen regelrechten Relevanzschub, was sich mit den Äusserungen der Stimmberchtigten bei der offenen Frage nach Problemen deckt. Ebenfalls eine Zunahme zu verzeichnen ist in der Wichtigkeit des Problems der Gesundheit und Krankenkassen. In beiden Fällen bleibt der Anteil Stimmberchtigter, der diese beiden Themen als Top-5-Probleme bezeichnet, aber weit unter dem Niveau zu Beginn der Nullerjahre.

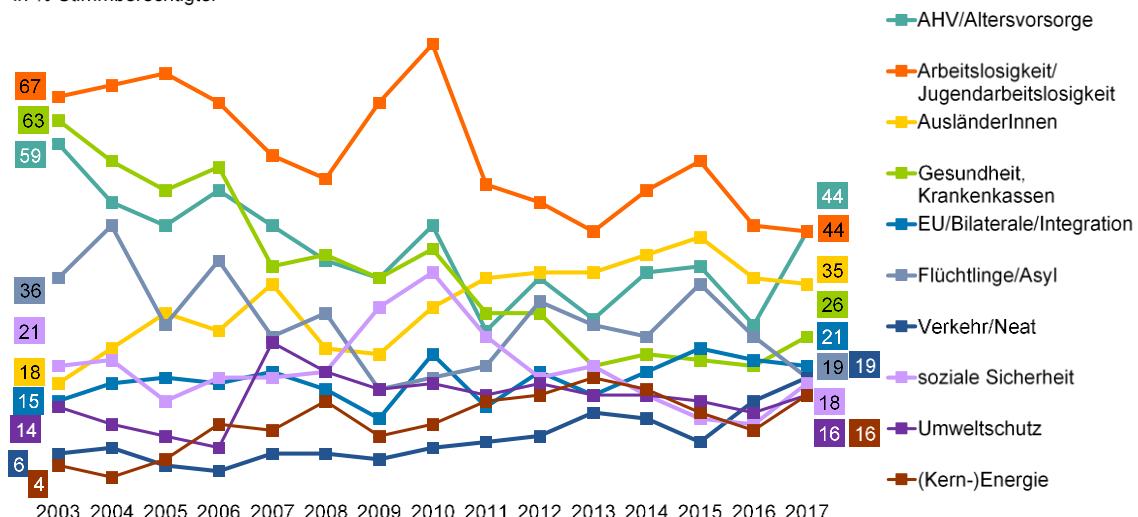
Themen, die dagegen in den letzten 14 Jahren eindeutig an Wichtigkeit gewonnen haben, sind die (Kern-)Energie und Verkehrsfragen. In beiden diesen Bereichen gab es in den letzten Jahren wichtige politische Vorlagen und Meilensteine, die Öffentlichkeit schafften (z. B. Energiestrategie 2020, NEAT, FABI). Dennoch ist der langfristige Anstieg im Problemdruck ein Hinweis darauf, dass dieser Entwicklung nicht einfach nur eine erhöhte (kurzfristige) Medialisierung einzelner politischer Events zugrunde liegt, sondern es sich hier um einen Trend über mehrere Jahre handelt. Im Vergleich zu 2003 ist allgemein zu beobachten, dass sich die Problempriorisierung differenziert. Es gibt weniger universal anerkannte Probleme, die eindeutig über den restlichen stehen. Stattdessen findet eine Angleichung statt. Anstelle einiger weniger, universal stark empfundener Probleme, werden viele verschiedene Probleme als wichtig bewertet. Dies ist sicher auch vor dem Hintergrund der sich verändernden Medienlandschaft zu bewerten. Der Einfluss einiger wenigen Mainstream-Medien, die den Diskurs prägen, nimmt ab. Stattdessen ist die Medienlandschaft fragmentierter und die Stimmberchtigten werden über diverse unterschiedliche, auf sie zugeschnittene Kanäle mit Neuigkeiten und Einschätzungen versorgt. Das führt auch zu einer heterogeneren Problembewertung.

Grafik 3

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2017 (1)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit ab 2014 getrennt befragt (für Trend-Graphik addiert), ab 2017 wieder zusammen befragt
 © gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Diese Angleichung der Problempriorisierung ist gerade bei den weniger dringlichen Themen wie der Teuerung, der persönlichen Sicherheit oder auch der Drogenpolitik zu beobachten. Exemplarisch für diese Entwicklung kann das folgende Beispiel aufgeführt werden: In der untenstehenden Grafik war die neue Armut 2003 eines der wichtigsten Probleme, die Familienpolitik das am wenigsten wichtige und die Differenz der Stimmberechtigten, die eines der beiden Probleme zu den wichtigsten fünf zählte, betrug 24 Prozentpunkte. 2017 beträgt diese Differenz 4 Prozentpunkte.

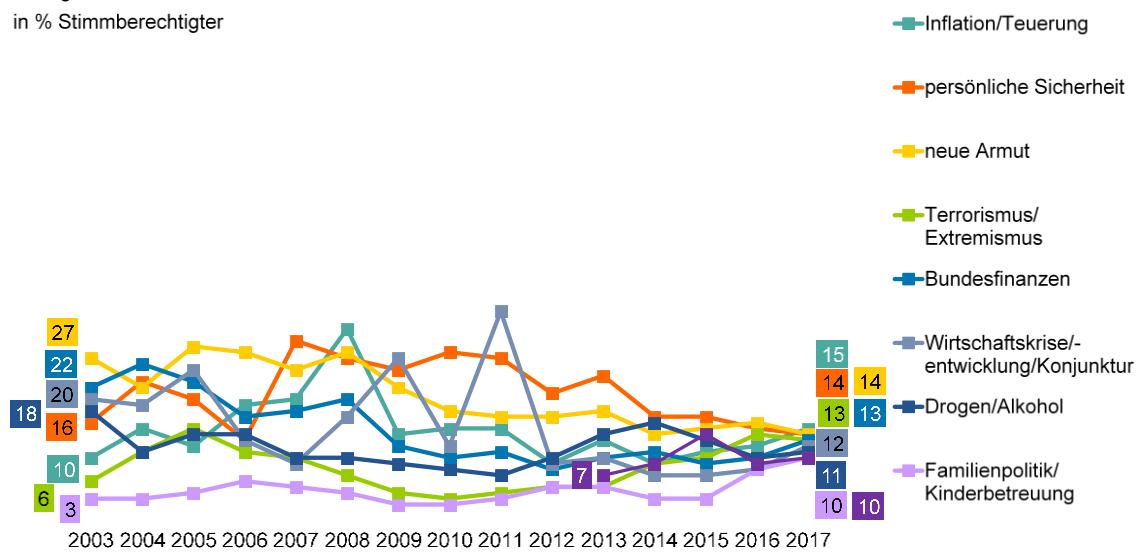
Auf tiefem Niveau hat das Problembewusstsein im Bereich der Familienpolitik und der Kinderbetreuung wie auch beim Terrorismus und Extremismus in den letzten Jahren zugenommen. Obwohl der Problemdruck in der Familienfrage nach wie vor verhältnismässig tief ist, ist dies ein Bereich, in dem klare Wünsche an die Politik geäussert werden (vgl. Kapitel 2.2 Politische Ziele). Angesichts der in jüngerer Vergangenheit häufigeren Anzahl von Anschlägen und terroristisch motivierten Vorkommnissen bleibt der Eindruck zurück, dass der Problemdruck in diesem Bereich dennoch weiterhin relativ tief liegt.

Grafik 4

Trend Problembewusstsein 2003 bis 2017 (2)

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist. Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Tabelle 2 vergleicht die Entwicklung aller abgefragten Probleme zwischen 2017 und 2016. Bei den Problemen, die nicht in den oberen beiden Trendgrafiken abgebildet sind, weil sie von unter 10 % der Befragten genannt wurden (ab Nr. 23, Schwächen direkte Demokratie), gibt es vier, deren Veränderung über dem Stichprobenfehler lag. Der Problemdruck nahm 2017 bei den Themen Rassismus, Lohnfrage, Bankkundengeheimnis, Steuerstreit sowie Benzin- und Ölpreise im Vergleich zu 2016 ab.

Tabelle 2

Entwicklung alle Probleme Vergleich 2016 und 2017

Rang	Problem	in % Stimmberchtigter*	Veränderung
1	AHV/Altersvorsorge	44	↑
2	Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit	44	=
3	AusländerInnen	35	=
4	Gesundheit/Krankenkassen	26	↑
5	EU/Bilaterale/Integration	21	=
6	Flüchtlinge/Asyl	19	↓
7	Verkehr/Neat	19	↑
8	Soziale Sicherheit	18	↑
9	Umweltschutz	16	↑
10	(Kern-)Energie	16	↑
11	Inflation/Teuerung	15	=
12	Persönliche Sicherheit	14	=
13	Neue Armut	14	=
14	Terrorismus/Extremismus	13	=
15	Bundesfinanzen	13	=
16	Wirtschaftskrise/-entwicklung/Konjunktur	12	↑
17	Drogen/Alkohol	11	=
18	Familienpolitik/Kinderbetreuung	10	=
19	Sicherheit im Internet/Cyber-Spionage	10	=
20	Zusammenleben	10	=
21	Landwirtschaft/Milchpreis/Subventionen	10	=
22	Euro-Krise/Euro-Kurs	10	↓
23	Schwächen direkter Demokratie	9	=
24	Gleichstellung	8	=
25	Bankenkrise	8	=
26	Globalisierung	8	=
27	Digitalisierung/Technologisierung/Zukunft der Arbeitswelt	7	=
28	Bildungswesen	7	=
29	Rassismus/Fremdenfeindlichkeit	7	↓
30	Reform des Staates	7	=
31	Religiöser Fundamentalismus	7	=
32	Sozialpartnerschaft	6	=
33	Löhne	6	↓
34	Bankkundengeheimnis/Steuerstreit	6	↓
35	Armeefragen	5	=
36	Benzin-/Erdölpreise	4	↓
37	Verhältnis zu den USA/Präsidentenschaft Trumps	3	(neu)

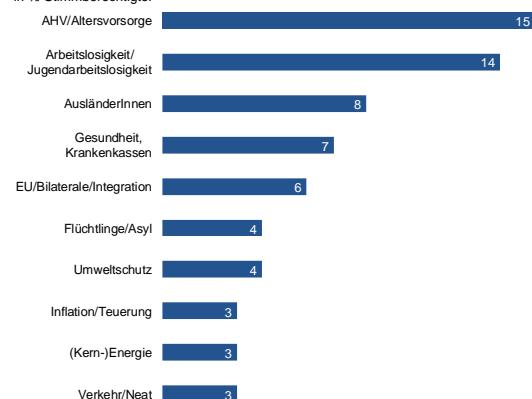
***Anmerkung:** Reihenfolge der Probleme nach Anteil Stimmberchtigter, die das Problem als eines der 5 wichtigsten bezeichnete. Spalte "Veränderung" zeigt mit rotem Pfeil (↑), welche Probleme häufiger genannt wurden als im letzten Jahr. Grüner Pfeil (↓) = Probleme, die weniger häufig genannt wurden und mit dem "Gleich"-Zeichen (=) werden Probleme markiert, deren Veränderung im Vergleich zum letzten Jahr innerhalb des Stichprobenfehlers von 3.2 % lag.

Fragt man die Stimmberchtigten, welches von all den genannten Themen das *dringendste* ist, bleibt die Reihenfolge genau gleich wie bei den fünf wichtigsten oben ausgewiesenen Problemen. Die AHV und Altersvorsorge bereitet die grössten Sorgen, gefolgt von der Arbeitslosigkeit und der Ausländerfrage.

Grafik 5

Dringendstes Problem 2017 (1/4)

"Und welches dieser fünf wichtigsten Probleme müsste Ihrer Ansicht nach an erster Stelle gelöst werden?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Dringendstes Problem 2017 (2/4)

"Und welches dieser fünf wichtigsten Probleme müsste Ihrer Ansicht nach an erster Stelle gelöst werden?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

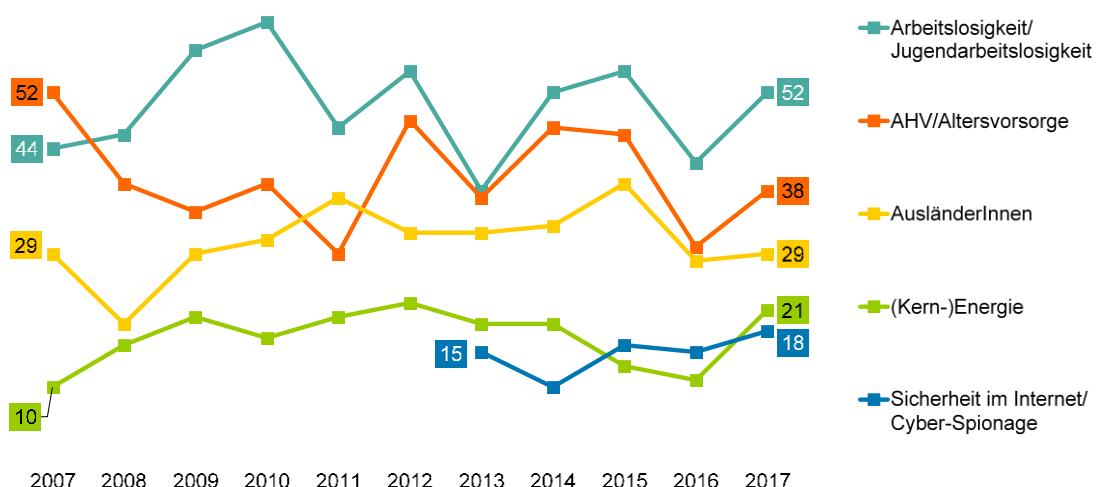
Fragen um die Arbeitslosigkeit, die Angst um die Altersvorsorge und die Ausländerfrage werden die Schweiz in den Augen der Stimmberchtigten auch in Zukunft beschäftigen. Dieser Meinung sind 52, respektive 38 und 29 Prozent der Bevölkerung. Die Befragung zum diesjährigen Sorgenbarometer fand unmittelbar nach der Abstimmung zum Energiegesetz statt. Nachdem die künftige Dringlichkeit von Energiefragen nach Fukushima (kurz) anstieg, war seit 2012 eher wieder ein Rückgang zu beobachten. Mit dem Anstieg dieses Jahr wird das Thema zum viertwichtigsten und erreicht wieder annähernd denselben Wert wie 2012. Der starke Anstieg ist teilweise sicherlich mit der Präsenz des Themas nach der Abstimmung zu erklären. Er reflektiert aber auch die generell zu beobachtende Priorisierung von Nachhaltigkeitsfragen. An fünfter Stelle schliesslich folgen die Sicherheit im Internet und die Cyberspionage. Hier besteht zwischen der aktuellen Problemwahrnehmung und der künftigen Einschätzung eine Diskrepanz. Die aktuelle Wahrnehmung ist weniger dringlich.

Grafik 6

Trend künftig erwartete Probleme (1)

"Sehen Sie sich bitte nochmals alle Kärtchen an und legen Sie mir nun von allen Kärtchen jene fünf heraus, von denen Sie persönlich glauben, dass Sie in 10 Jahren die wichtigsten Probleme der Schweiz sind. Wenn Sie ein komplett anderes Thema in 10 Jahren als wichtig erachten, dann sagen Sie das ruhig."

in % Stimmberchtigter



Bemerkung: Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit ab 2014 getrennt befragt (für Trend-Grafik addiert), ab 2017 wieder zusammen befragt

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

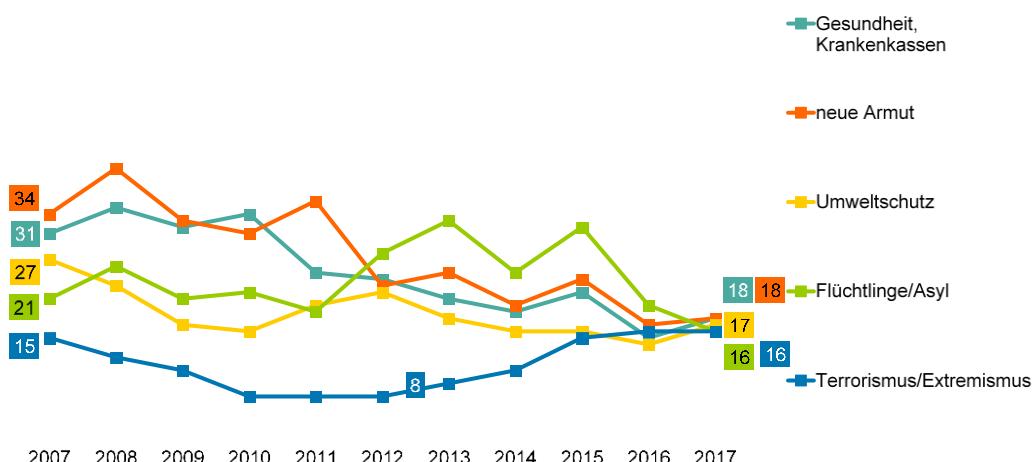
Während Terrorismus und Extremismus zurzeit nicht zu den wichtigsten Problemen der Schweizerinnen und Schweizer gehören, geht dennoch ein zunehmender Anteil davon aus, dass sich der Problemdruck hier mindestens in Zukunft weiter erhöhen wird. Seit 2012 steigt der Anteil, der den Terrorismus in 10 Jahren als eines der wichtigsten Probleme sieht, an. Heute sind 16 Prozent der Stimmberchtigten dieser Meinung. Probleme sieht man in Zukunft auch im Gesundheitssystem und bei der neuen Armut. In beiden Fällen nimmt der Anteil Personen, die diese beiden Bereiche in 10 Jahren zu den fünf wichtigsten zählten, seit Jahren aber eher ab. Der Umweltschutz bleibt ebenfalls unter den Top-Problemen der Zukunft – aktuell wird er wieder als etwas wichtiger wahrgenommen als in den letzten Jahren.

Grafik 7

Trend künftig erwartete Probleme (2)

"Sehen Sie sich bitte nochmals alle Kärtchen an und legen Sie mir von allen Kärtchen jene fünf heraus, von denen Sie persönlich glauben, dass Sie in 10 Jahren die wichtigsten Probleme der Schweiz sind. Wenn Sie ein komplett anderes Thema in 10 Jahren als wichtig erachten, dann sagen Sie das ruhig."

in % Stimmberchtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

2.1.2 Sorgen nach Untergruppen

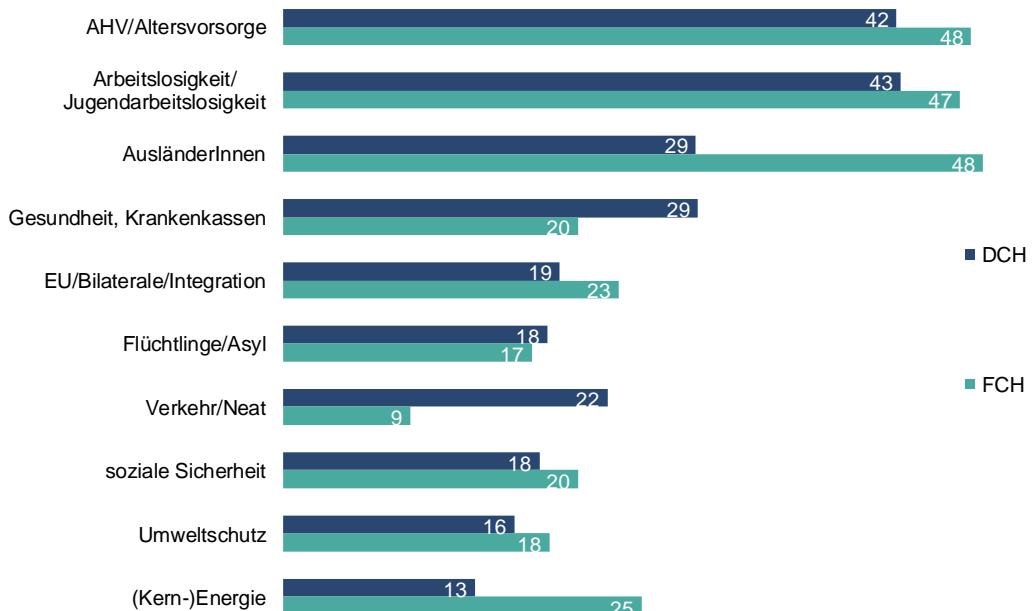
Ein Blick in die Sprachregionen zeigt, dass sich die Problemwahrnehmung zwischen der Romandie und der Deutschschweiz in den Hauptpunkten kaum unterscheidet. Die Top-3-Probleme sind in beiden Regionen dieselben, wenn auch in der Romandie etwas akzentuierter.

Dennoch ergeben sich in der Dringlichkeit der Probleme auch Differenzen zwischen den Sprachregionen. Die Energiedebatte wird in der Romandie beispielsweise als deutlich problematischer wahrgenommen. Dasselbe gilt offensichtlich für den Themenkreis der AusländerInnen. Der Verkehr sowie Fragen zum Gesundheitswesen und den Krankenkassen wurden dagegen in der Deutschschweiz häufiger genannt.

Problembewusstsein 2017 nach Sprachregion

"Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an, und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (n = 950)

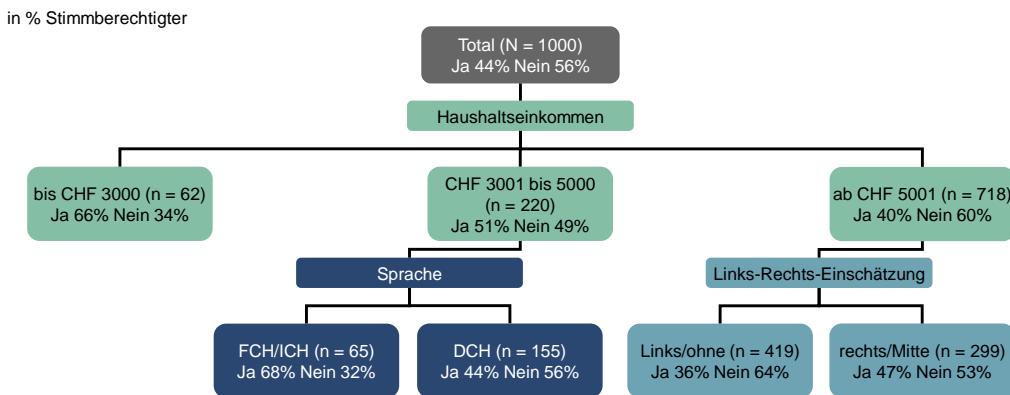
Die sogenannte Answer-Tree-Analyse differenziert eine Ausgangspopulation in inhaltlich relevante Teilpopulationen. So lässt sich die Stimmbevölkerung der Schweiz hinsichtlich ihrer Problemwahrnehmung in unterschiedliche Gruppen aufteilen.

Für das Top-Problem der Altersversicherung stellt das Haushaltseinkommen das wichtigste Differenzierungsmerkmal dar. Je weniger man als Haushalt verdient, desto wichtiger ist die Sicherung der Altersvorsorge. Mit einem Einkommen bis 3'000 Franken geben 66 Prozent der Befragten an, dass dies eines der Top-5-Probleme ist. Mit einem Einkommen über 5'000 Franken sind es nur noch minderheitliche 40 Prozent. In der Romandie und im Tessin wird der Problemdruck überdies deutlich stärker wahrgenommen als in der Deutschschweiz. Bei Personen mit einem höheren Einkommen spielt außerdem die Links-Rechts-Einschätzung eine signifikante Rolle. Personen, die sich rechts oder in der Mitte positionieren, empfinden den Problemdruck stärker.

Spannend ist, dass innerhalb der unteren Einkommensschichten relativ starke Unterschiede in der Wahrnehmung bestehen. Bereits ab 5'000 Franken Haushaltseinkommen hingegen bestehen keine signifikanten Unterschiede mehr. Ein Blick in die Untergruppen zeigt, dass ein Grossteil der Einkommensklasse unter 3'000 Franken aus Personen über 65 Jahren – also aus Pensionärinnen und Pensionären – besteht. Diese sind von der Frage der Altersvorsorge unmittelbar betroffen und spüren diese dementsprechend auch stärker.

Im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Altersvorsorge wird häufig über den Generationenkonflikt gesprochen. Stimmberechtigte unter 29 Jahren nennen die Altersvorsorge zwar häufig unter den Top-5-Sorgen (35 %), aber erst die Alterskohorten ab 60 Jahren nennen das Thema mehrheitlich als Problem.

Profilbaum Problembewusstsein AHV/Altersversicherung



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

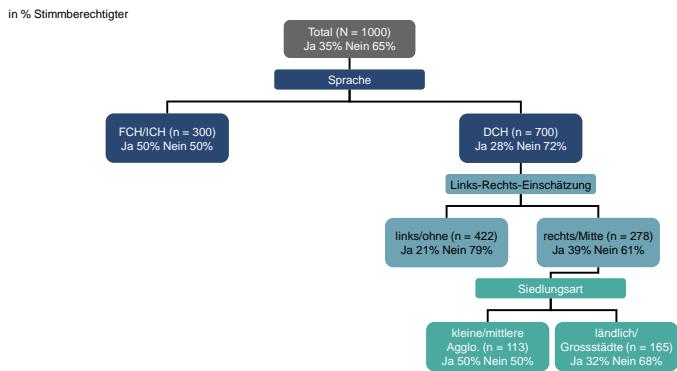
Die **Answer-Tree-Analyse** differenziert eine Ausgangspopulation *automatisch* in inhaltlich respektive statistisch relevante Teilstichproben, wobei dabei sowohl die Signifikanz des beobachteten Unterschieds als auch dessen Beitrag zur Erklärung der abhängigen Variable ein ordnendes Kriterium darstellen. Die Visualisierung gleicht dabei einem Baum, wobei den primären Ästen am meisten Erklärungskraft zukommt (1. Reihe vs. 2. Reihe) und weitere Äste diese Erklärungen verfeinern. Erklärungsfaktoren, die in der Baumstrukturanalyse keinen signifikanten Eigenwert haben, sind nicht aufgeführt. **Lesebeispiel:** Beim Problembewusstsein zur AHV/Altersversicherung stellt das Haushaltseinkommen den wichtigsten Erklärungsfaktor zur Problemwahrnehmung dar. Statistisch gesehen bestehen signifikante Unterschiede zwischen Personen mit Einkommen bis 3'000, zwischen 3'000 und 5'000 sowie über 5'000 Franken. Ab 3'000 Franken spielen die Sprachregion sowie die Links-Rechts-Einschätzung eine Rolle.

Ein Blick in die Untergruppen lohnt sich speziell auch bei der Problemwahrnehmung im Zusammenhang mit der Ausländer- und Integrationsfrage. In beiden Fällen ist es die Sprachregion, welche die wichtigste Determinante für Unterschiede in der Wahrnehmung darstellt – allerdings mit leicht anderen Ausprägungen. In der Frage zu Ausländern ist die Wahrnehmung in der Romandie und der Italienischen Schweiz ähnlich (hoch), während die Deutschschweiz den Problemdruck weniger ausgeprägt spürt. In der Europafrage hingegen differiert das Tessin vom Rest der Schweiz und nennt diese deutlich häufiger unter den Top 5.

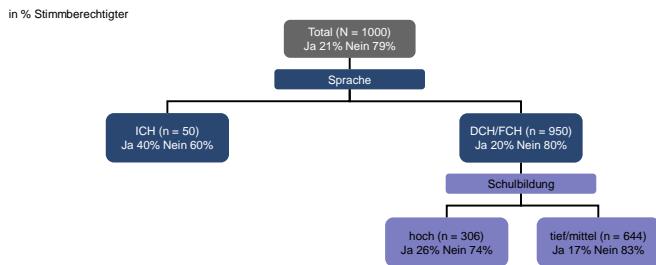
Innerhalb der Deutschschweiz bestehen in der Problemwahrnehmung bei der Ausländerfrage Unterschiede nach politischer Einstellung und Siedlungsart. Bei Personen mit einer mittleren bis rechten Einstellung, die in der Agglomeration leben, ist der Problemdruck in der Deutschschweiz gleich hoch wie in der lateinischen Schweiz (50%). Bei der EU-Frage hingegen ist die Bildung der entscheidende Faktor in der Romandie und der Deutschschweiz. Personen mit einer hohen Bildung nennen EU-Fragen eher als Personen mit tiefer oder mittlerer Bildung.

Grafik 10

Profilbaum Problembewusstsein AusländerInnen



Profilbaum Problembewusstsein EU/Bilaterale/Integration



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

2.1.3 Vergleich mit realen Entwicklungen

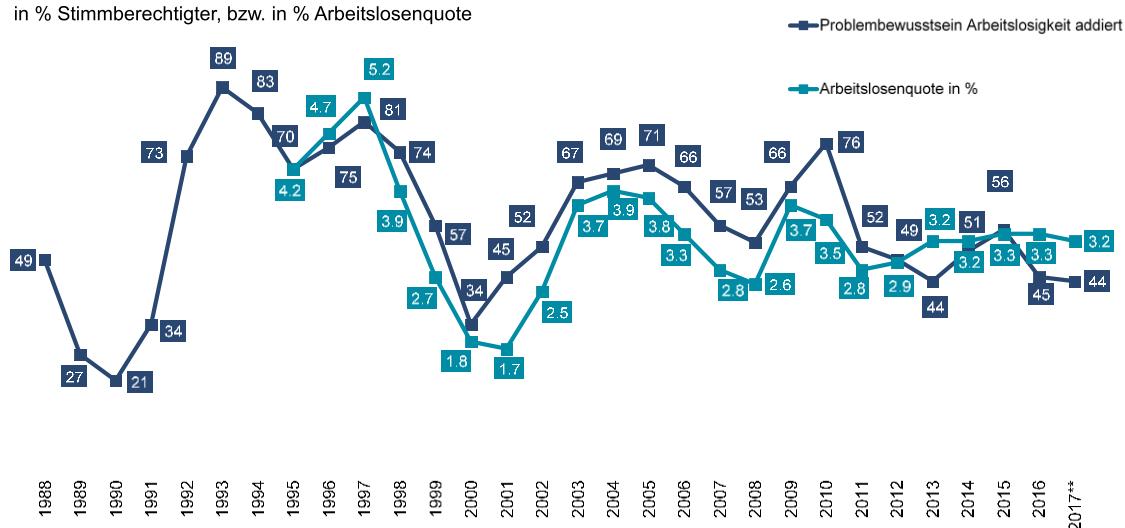
Die Arbeitslosigkeit ist das Thema, welches die Stimmberchtigten in der Schweiz mit am meisten beschäftigt. Betrachtet man nur die Problemwahrnehmung der Bevölkerung, so tendiert man vermutlich dazu zu sagen, die Arbeitslosigkeit sei unabhängig von allen Entwicklungen stets an der ersten Stelle in der Problemwahrnehmung. Kombiniert man nun aber den Verlauf der Wahrnehmung der Stimmberchtigten mit der effektiven Arbeitslosenquote in Prozent, so wird ersichtlich, dass sich diese sehr wohl an effektiven Grössen orientiert und mitnichten aus der Luft gegriffen ist. Die Problemwahrnehmung der Bevölkerung korreliert hochgradig mit dem Problem selbst, entsprechende Effekte sind – mit leichter Verzögerung – fast durchgehend festzustellen. Zwar ist die Arbeitslosenquote in der Schweiz im internationalen Vergleich nach wie vor sehr tief, die Schwankungen werden jedoch eindeutig nachgezeichnet. Dieser konzertierte Verlauf beider Linien bricht nur 2011 vorübergehend auf. In den letzten zwei Jahren ergab sich wieder ein paralleler Verlauf. Im Vergleich der Jahre 2014 bis 2016 ist etwas Vorsicht geboten, weil in diesen Jahren die Probleme Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit getrennt befragt und für diese Darstellung addiert wurden.

Grafik 11

Trend: Problembewusstsein 1988 bis 2017

"Arbeitslosigkeit" (bis 2008) / "Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. in % Arbeitslosenquote



Bemerkung: ab 2014 Arbeitslosigkeit/Jugendarbeitslosigkeit getrennt befragt – ab 2014 wird für diese Darstellung in "Arbeitslosigkeit addiert" die mathematisch vereinigte Menge ausgewiesen, ab 2017 wieder zusammen befragt

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Arbeitslosenquote von 1995-2017 (Seco)

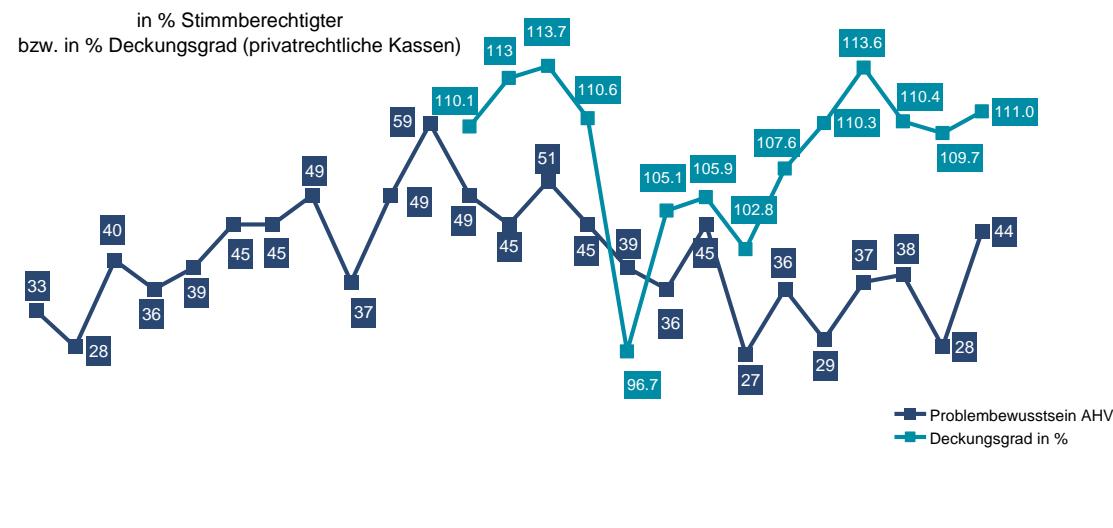
** Arbeitslosenquote Juli 2017 (saisonbereinigt)

Beim dieses Jahr zentralen Problem, der AHV/Altersvorsorge, empfiehlt sich der Vergleich mit der Entwicklung des Deckungsgrads. Im Gegensatz zur Arbeitslosenquote ist dieser Indikator natürlich technischer und auch weiter vom Alltag der Stimmberechtigten entfernt. Eine Korrelation wie beim Problem der Arbeitslosigkeit ist in diesem Fall so nicht zu beobachten.

Grafik 12

Trend: Problembewusstsein 1993 bis 2017

"AHV/Altersvorsorge"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

*Pensionskassenzahlen von 2004-2016 (Stand: Ende Jahr), 2017 (Stand: Juni 2017), in Prozent (Swisscanto)

Bereits im Falle der Problemwahrnehmung im Zusammenhang mit der Ausländerfrage sind wieder deutlich mehr Parallelen zu beobachten. Die Zusammenhänge sind aber weniger präzise als im Falle der Arbeitslosenquote. Bis ungefähr im Jahr 2008 stiegen sowohl der Wanderungssaldo der ständigen ausländischen

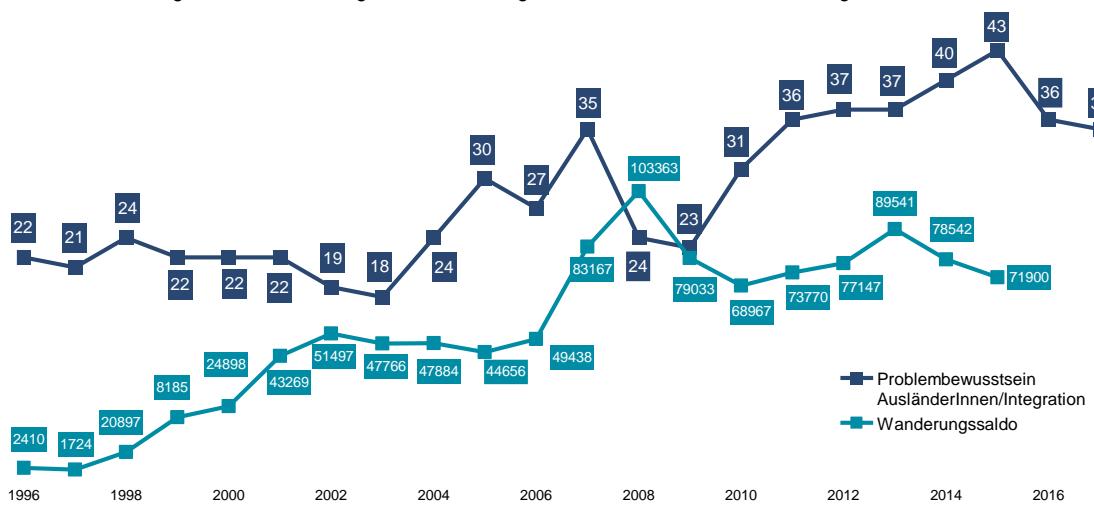
Wohnbevölkerung als auch die Problemwahrnehmung an. Während der Wanderungssaldo danach in der Tendenz (abgesehen vom Jahr 2013) eher wieder sank, wuchs die Problemwahrnehmung der Bevölkerung stetig an. Erst seit 2015 ist erneut ein Rückgang zu beobachten. Im Gegensatz zur Arbeitslosenquote fand hier also vorübergehend eine Entkoppelung der Meinung von der realen Entwicklung statt. 2014, das Jahr der Abstimmung der Masseneinwanderungsinitiative, brachte die zweithöchste Problemwahrnehmung des Themas AusländerInnen/Integration mit sich (40 %). Die Anzahl Personen, die diesen Themenbereich als Problem wahrgenommen haben, stieg im Folgejahr (43 %, 2015) noch leicht an, nimmt seither aber wieder ab.

Grafik 13

Trend: Problembewusstsein 1996 bis 2017

"AusländerInnen/Integration" (bis 2008) / "AusländerInnen/Integration/Personenfreizügigkeit" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. Wanderungssaldo der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung*



© gfs.bern, Sorgenbarometer, August 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Wanderungssaldo der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung 1996-2015 (Bundesamt für Statistik)

** Ab 2011 Wechsel des Produktionsverfahrens und neue Definition der ständigen Wohnbevölkerung, die zusätzlich Personen im Asylprozess mit einer Gesamtaufenthaltsdauer von mindestens 12 Monaten umfasst.

*** Wanderungssaldo 2015 (Bundesamt für Migration)

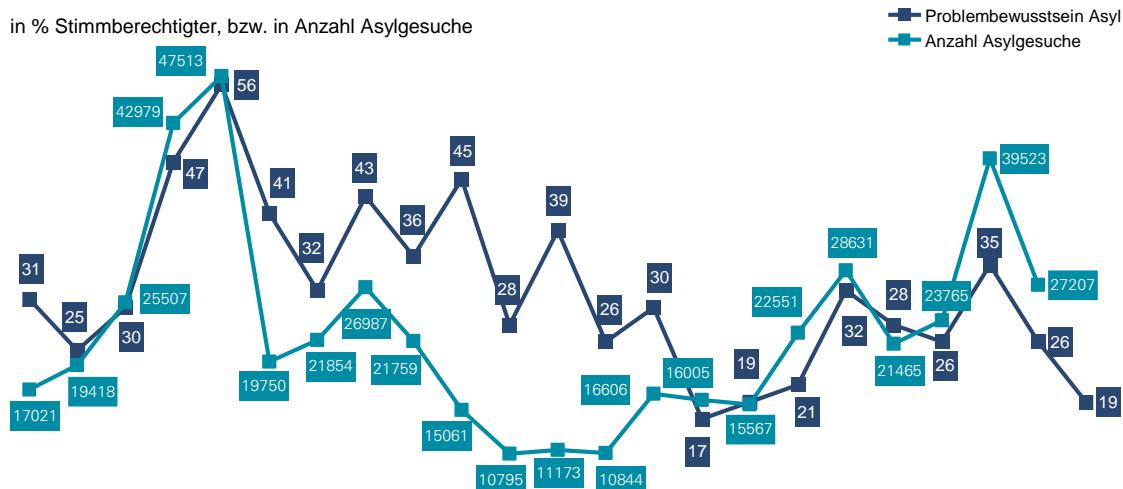
Im Gegensatz zur Ausländerfrage ist das beim Thema Flüchtlinge/Asyl so nicht der Fall. Hier reagiert die Problemwahrnehmung deutlich schneller und agiler auf die Anzahl gestellter Asylgesuche.

Grafik 14

Trend: Problembewusstsein 1995 bis 2017

"Flüchtlinge/Asyl"

in % Stimmberechtigter, bzw. in Anzahl Asylgesuche



1995 1996 1997 1998 1999 2000 2001 2002 2003 2004 2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte der Asylgesuche von 1995-2016, in Anzahl gemeldeter Gesuche (Bundesamt für Statistik, 2016 Bundesamt für Migration). Im ersten Halbjahr 2017 wurden gemäss Bundesamt für Migration in der Schweiz 9'123 Asylgesuche eingereicht.

Erneut weniger Zusammenhang ergibt sich zwischen der Problemwahrnehmung im Bereich von Gesundheit und Krankenkassen und dem Anstieg der Prämien in Prozent. Bis 2009 verliefen die beiden Indikatoren noch mehr oder minder parallel. Der markante Prämienanstieg im Jahr 2010 ist in der Problemwahrnehmung der Bevölkerung so nicht gleich stark abgebildet. Zwar war damals ein leichter Anstieg zu verzeichnen, andere Probleme haben aber wohl die Wahrnehmung der Bevölkerung zu stark dominiert, als dass mehr Befragte diesen Themenbereich zur Top-5 gezählt hätten. Die sinkende wahrgenommene Relevanz des Problems findet erst mit diesem Jahr ein Ende. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Anstieg der Beginn eines nachhaltigen Trends ist oder nach diesem Sommer, wo das Thema die Medien durchaus mitbestimmte, wieder aus der Wahrnehmung der Stimmberechtigten verschwindet.

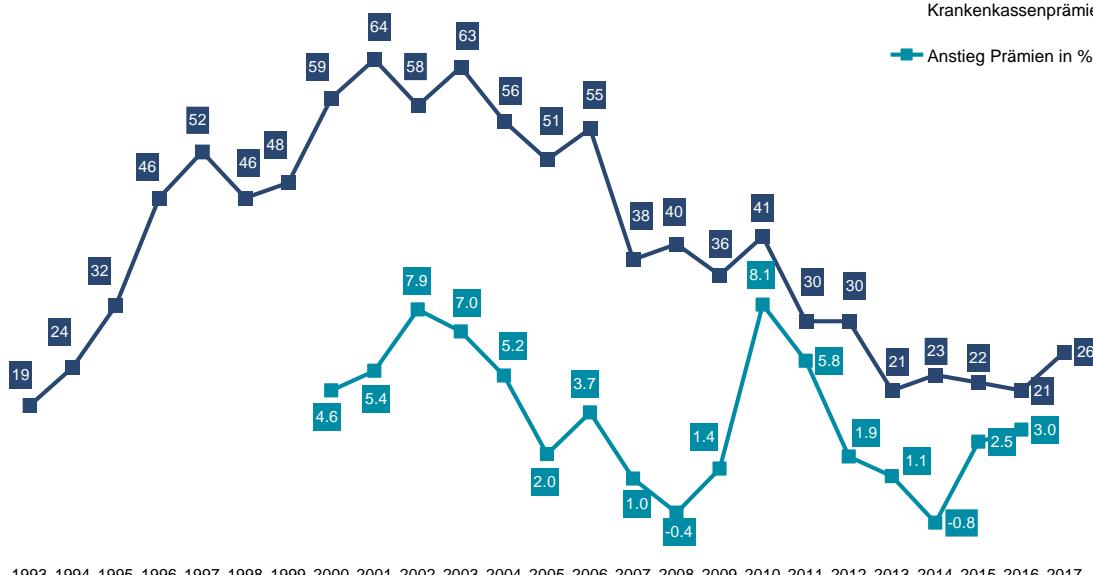
Grafik 15

Trend: Problembewusstsein 1993 bis 2017

"Gesundheit/Krankenkasse" (bis 2008) / "Gesundheit/Krankenkasse/Prämien" (ab 2009)

in % Stimmberechtigter, bzw. in % Prämienanstieg

- Problembewusstsein
Krankenkassenprämie
- Anstieg Prämien in %



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

*Werte Krankenkassenprämien-Steigung 1996-2016, in Prozent (Bundesamt für Statistik)

2.2 Politische Ziele der Schweiz

Von allen abgefragten politischen Zielen, die sich die Schweiz für die Zukunft setzen könnte, ist die Förderung der Bildung nach Meinung der Befragten eindeutig das erstrebenswerteste Gut. Ganze 97 Prozent der Stimmberchtigten empfinden dies als sehr oder eher wichtiges Ziel. Dieser Befund widerspricht der politischen Realität insofern, als dass Kürzungen bei Bildungsausgaben jeweils relativ schnell diskutiert werden, wenn es darum geht, in Gemeinden, Kantonen oder beim Bund zu sparen.

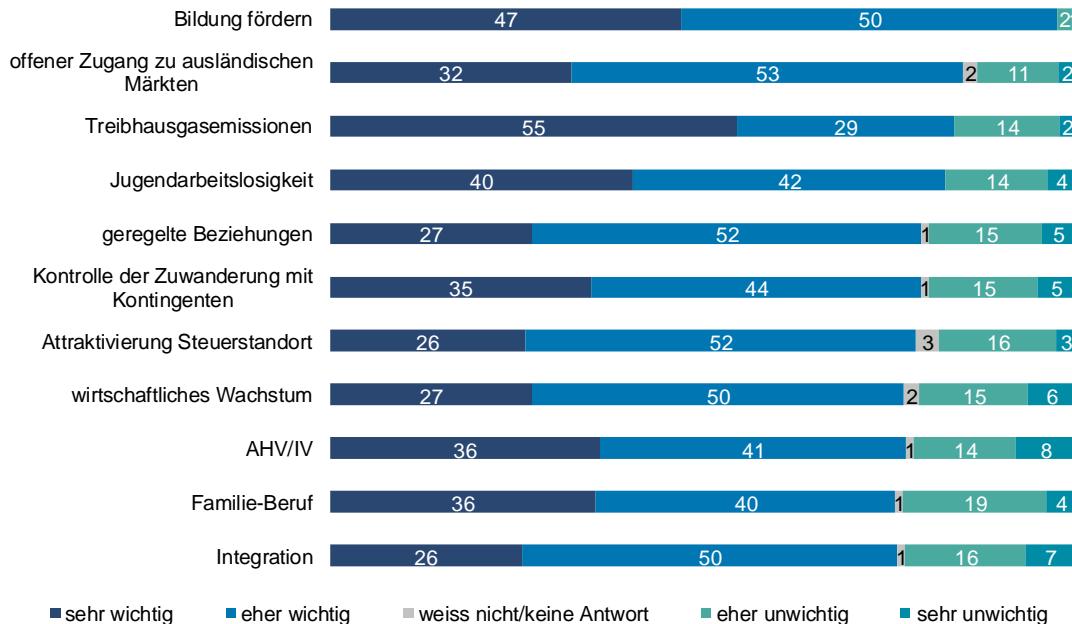
Vor dem Hintergrund von Abstimmungen wie der Initiative gegen die Masseneinwanderung erstaunt auch einigermassen, dass der offene Zugang zu ausländischen Märkten als zweitwichtigstes Ziel erscheint – zumindest, wenn man die Bevölkerungsanteile zusammenzählt, die das Anliegen als sehr oder eher wichtig bezeichnen. Mehrheiten wollen aber nicht nur den Zugang zu offenen Märkten, sondern sprechen sich auch für die Kontrolle der Zuwanderung mittels Kontingenten aus. Tatsächlich geben rund 10 Prozent der Befragten an, beides sehr wichtig zu finden. Über die Hälfte der Befragten findet zudem beides sehr oder eher wichtig. Gemäss Signalen aus Brüssel sind diese beiden Ziele grundsätzlich inkompatibel. Mit der nun vorgeschlagenen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative fanden Bundesrat und Parlament aber vielleicht dennoch einen Weg, die beiden Anliegen zusammenzuführen.

Das Anliegen mit der vielleicht grössten Dringlichkeit gemäss dem Anteil Personen, die dieses als sehr wichtig bezeichnen, ist die Reduktion der Treibhausgasemissionen. Mit 55 Prozent ist eine absolute Mehrheit der Befragten der Meinung, diese sei ein sehr wichtiges Ziel. Insgesamt gilt es auch festzuhalten, dass alle der abgefragten Ziele von einer Mehrheit als wichtig eingeordnet werden.

Aktuelle politische Ziele in der Schweiz

"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."

in % Stimmberchtigter



■ sehr wichtig ■ eher wichtig ■ weiss nicht/keine Antwort ■ eher unwichtig ■ sehr unwichtig

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

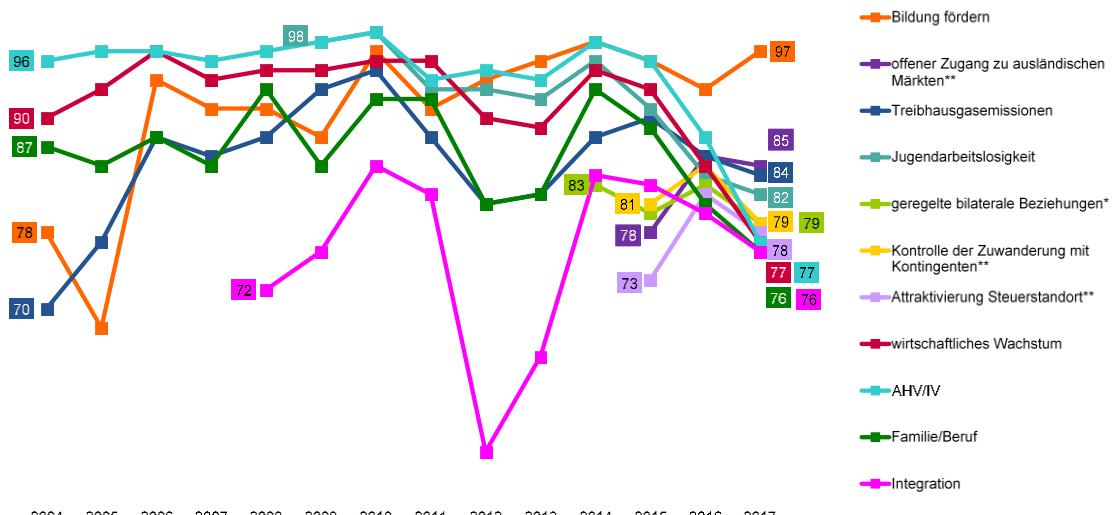
Die sich einstellende Konvergenz in der Einschätzung der Stimmberchtigten betrifft nicht nur die Problemwahrnehmung, sondern manifestiert sich auch in der Einschätzung der politischen Ziele. Die breite Streuung vor 2015 lässt sich so in den letzten beiden Jahren nicht mehr beobachten. Zwar bleibt es bei der besagten Mehrheit, die sämtliche Ziele wichtig findet, die wahrgenommene Wichtigkeit insgesamt nimmt jedoch überall ausser bei der Förderung der Bildung ab. Besonders ins Auge sticht dabei der Rückgang in der Wichtigkeit der Sicherung von AHV/IV, dieselbe Dynamik ist aber auch bei anderen Zielen zu beobachten (Bekämpfung Jugendarbeitslosigkeit, Vereinbarkeit Familie/Beruf, wirtschaftliches Wachstum).

Grafik 17

Trend Aktuelle politische Ziele in der Schweiz (2004 – 2017)

"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."
(sehr und eher wichtig)

in % Stimberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

*2014 neu befragt, ** 2015 neu befragt

Die kumulierte Wichtigkeit an sich liefert aber, wie die untenstehende Darstellung zeigt, ein unvollständiges Bild. Es existiert eine Tendenz, den meisten oder gar allen Themen eine hohe Wichtigkeit zuzuschreiben, wenn man nicht zu einer Priorisierung gezwungen ist. Im Gegensatz zur Problemwahrnehmung wider spiegelt die Rangliste der Ziele mit der *höchsten* Priorität die Reihenfolge der Ziele entsprechend den Anteilen "sehr/eher wichtig" nicht. Die Sanierung der AHV und IV wird nämlich – trotz Einbruch in der wahrgenommenen Wichtigkeit – mit Abstand am meisten als Ziel mit der höchsten Priorität genannt. An zweiter Stelle folgt das ebenfalls als vergleichsweise weniger wichtig eingeordnete Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Förderung der Bildung hingegen wird nur noch von 7 Prozent der Befragten als erste Priorität eingeschätzt.

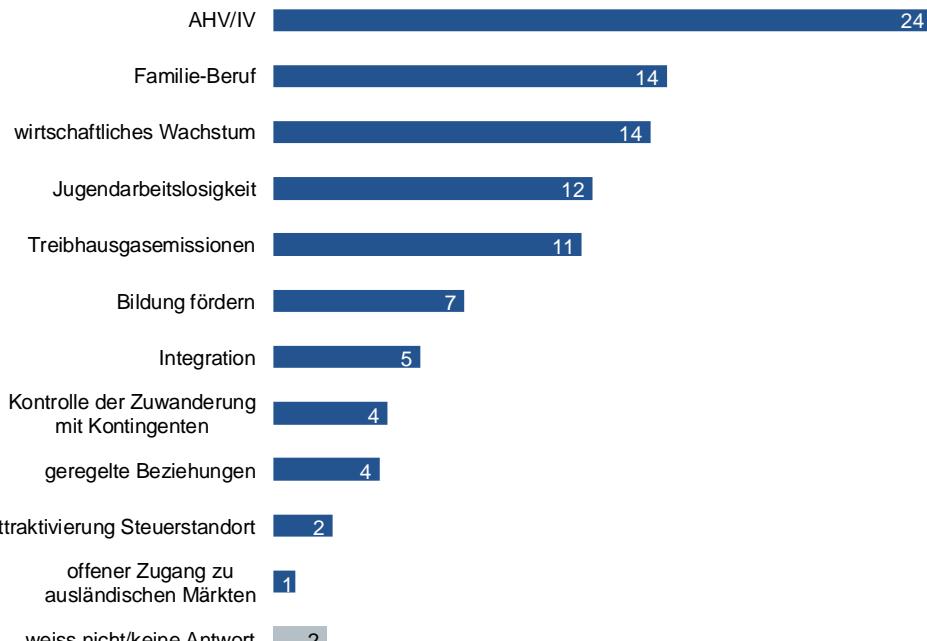
Es gibt zudem mehr Stimberechtigte, welche die Kontrolle der Zuwanderung mittels Kontingenten vor allem anderen priorisieren möchten (4 %), als es Leute gibt, die in erster Priorität den Zugang zu ausländischen Märkten sicherstellen wollen (1 %).

Grafik 18

höchste Priorität aktuelle politische Ziele

"Von allen diesen Zielen, welches hat für sie die höchste Priorität?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Die Frage nach der Priorisierung der politischen Ziele wird den Stimmberechtigten seit drei Jahren gestellt. Die Sicherung der AHV war für die Befragten auch im letzten und vorletzten Jahr ein Ziel mit sehr hoher (der höchsten) Priorität. Der starke Anstieg in diesem Jahr ist aber sicher auch vor dem Hintergrund der zum Zeitpunkt der Umfrage noch anstehenden Volksabstimmung über die AHV-Reform zu sehen. Fragen, die stattdessen im Zusammenhang mit der Zuwanderung, der Integration oder aber der Regelung der Beziehungen zu Europa bestehen, verlieren an Dringlichkeit.

Grafik 19

Trend höchste Priorität aktuelle politische Ziele (1/2)

"Von allen diesen Zielen, welches hat für sie die höchste Priorität?"

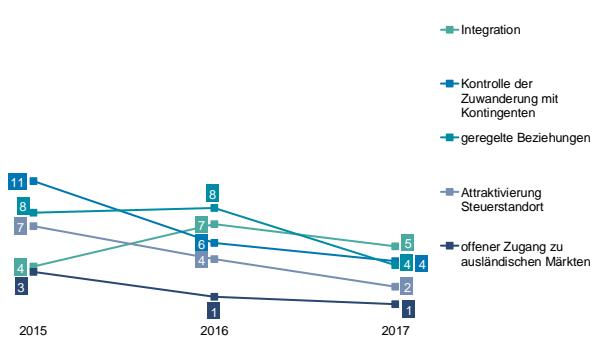
in % Stimmberechtigter



Trend höchste Priorität aktuelle politische Ziele (2/2)

"Von allen diesen Zielen, welches hat für sie die höchste Priorität?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

2.3 Aussenpolitik und Zusammenarbeit mit der EU

Die Ausgestaltung der Beziehung mit der EU ist ein Dauerbrenner der Schweizer Politik. Nach dem Nein zum EWR hat man in den bilateralen Verträgen eine Lösung gefunden, die eine (schrittweise) und klar geregelte Integration erlaubt, ohne dabei den Verlust von allzu viel Autonomie mit sich zu bringen.

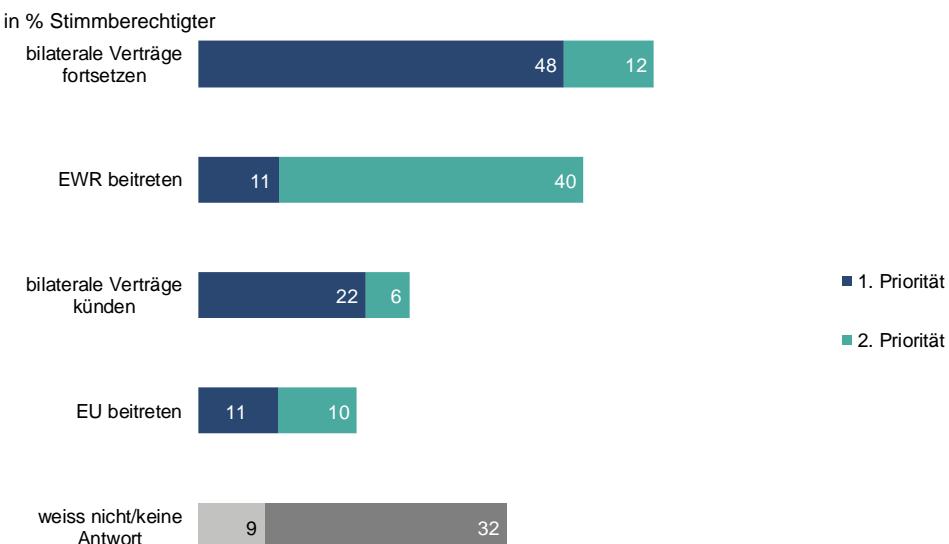
Die Stimmberchtigten stehen auch heute noch klar hinter den bilateralen Verträgen und deren Fortsetzung. 48 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich in erster Priorität für die Weiterführung der bilateralen Verträge aus, wenn sie aus vier möglichen politischen Optionen für die Gestaltung der Beziehungen der Schweiz zur EU zwei aussuchen können. Weitere 12 Prozent wählen diese Form zur Regelung des Verhältnisses mit der EU in zweiter Priorität. An zweiter Stelle folgt der Beitritt zum EWR. Was 1992 vom Volk knapp verworfen wurde, wird heute von 11 Prozent in erster Priorität gewünscht, von 40 Prozent in zweiter Priorität. Die Fortführung der Bilateralen und der Beitritt zum EWR sind damit die einzigen beiden Strategien für die künftige Zusammenarbeit mit der EU, die sich eine Mehrheit der Bevölkerung vorstellen kann.

Eine Kündigung der bilateralen Verträge ist für 22 Prozent der Befragten die präferierte Strategie. Weitere 6 Prozent können sich dieses Vorgehen in zweiter Priorität vorstellen. Im Gegensatz zum EWR-Beitritt (ebenfalls 11 % in 1. Priorität) liegt der Prozentsatz, der den EU-Beitritt in zweiter Priorität wählt, deutlich tiefer, nämlich bei 10 Prozent.

Grafik 20

Künftiges Verhältnis Schweiz – EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

In der Priorisierung der Strategien in der Zusammenarbeit mit der EU sind die Stimmberchtigten in der Schweiz sehr konstant. Die Fortsetzung der bilateralen Verträge geniesst seit 2014, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, die grösste Zustimmung. Es folgen mit abnehmender Unterstützung der EWR-Beitritt, die Kündigung der bilateralen Verträge und der EU-Beitritt.

Während der EWR-Beitritt seit 2014 systematisch, wenn auch teilweise nur leicht, an Zustimmung gewinnt, ist die Entwicklung der restlichen Indikatoren

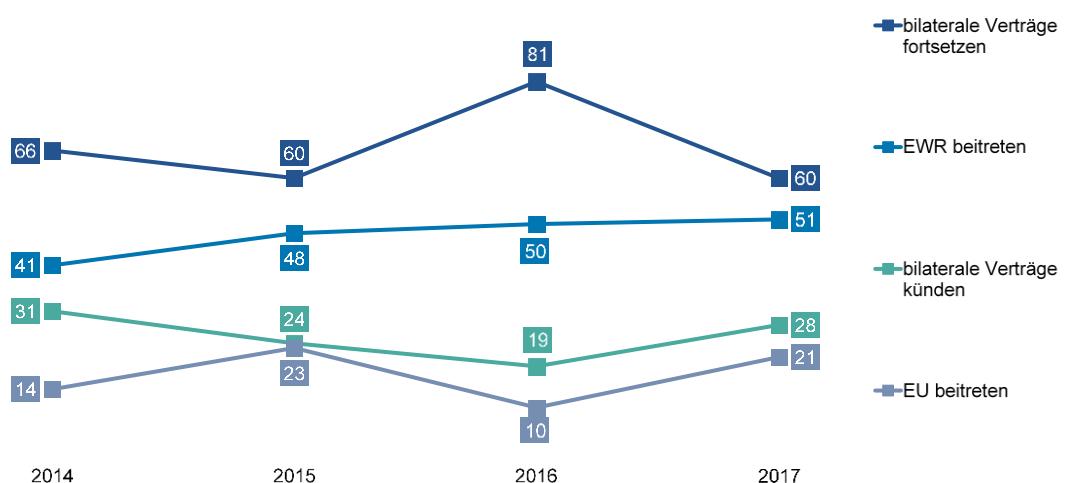
uneinheitlich. Insbesondere die beiden Optionen der bilateralen Verträge und des EU-Beitritts funktionieren quasi als Substitute: In Jahren, in denen die Fortführung der bilateralen Verträge besonders breite Unterstützung findet, ist die Basis für einen EU-Beitritt kleiner (2014, 2016), während dagegen die Fortführung der Verträge dann weniger stark gestützt ist, wenn mehr Leute einen EU-Beitritt wünschen (2015, 2017). Die Entwicklung ist aber auch vor dem Hintergrund der realpolitischen Entwicklungen zu sehen. Im Jahr 2016 wurde intensiv über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative debattiert, wobei die Frage über die Zukunft der bilateralen Verträge direkt betroffen war. Die 81 Prozent Zustimmung vor einem Jahr sind auch als klares Statement im Zusammenhang mit diesen Debatten zu sehen. 2017 findet eher wieder eine Rückkehr zum "Normalzustand" statt.

Grafik 21

Trend Künftiges Verhältnis Schweiz – EU

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"

in % Stimmberechtigter (1. und 2. Priorität addiert)

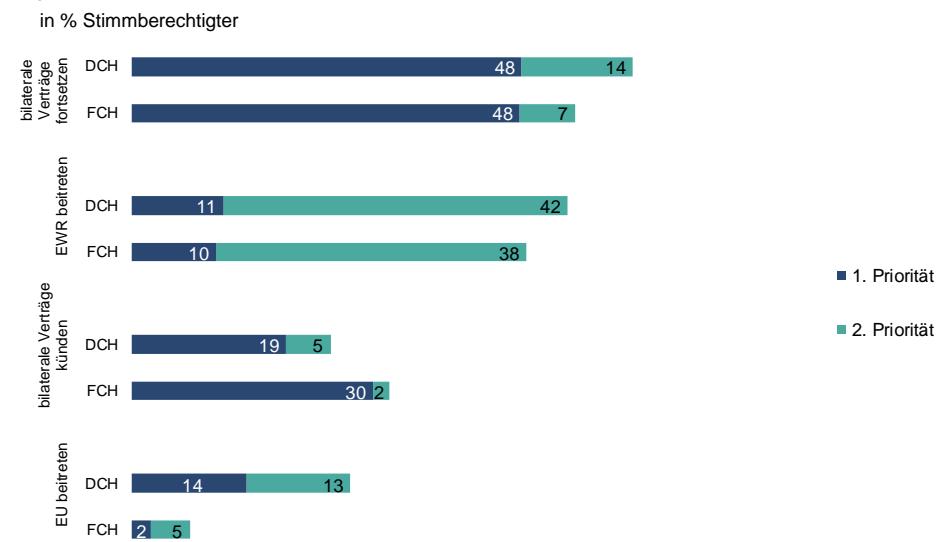


© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

In der Deutschschweiz und der Romandie sind die Präferenzen für die Weiterführung der bilateralen Verträge und den EWR-Beitritt sehr ähnlich ausgestaltet. Es gibt jedoch leichte Unterschiede, wenn es um die Kündigung der bilateralen Verträge respektive um den EU-Beitritt geht. Das Lager derjenigen, die die Zusammenarbeit über die bilateralen Verträge in erster Priorität aufkündigen möchten, ist in der Romandie mit einem Anteil von 30 Prozent der Befragten relativ breit vertreten. In der Deutschschweiz wird dagegen der EU-Beitritt (in 1. wie auch in 2. Priorität) deutlich öfter gewünscht.

Künftiges Verhältnis Schweiz – EU nach Sprachregion

"Wie soll das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU Ihrer Meinung nach aussehen? Soll sich die Schweiz die bilateralen Verträge kündigen, soll sie sie fortsetzen, soll sie dem EWR beitreten oder soll sie Mitglied der EU werden? Was hat für Sie erste Priorität, und was zweite?"



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Die letzten beiden Jahre waren turbulente Zeiten für die Europäische Union. Der Brexit war dabei das medial am stärksten diskutierte, aber mitnichten das einzige prägende Ereignis für die EU. Die Union hat weiterhin mit den Herausforderungen ihrer ökonomischen Integration zu kämpfen. Nationalkonservative Kräfte in vielen Mitgliedstaaten setzen im Kampf um die Gunst der Wählerinnen und Wähler auf Abgrenzung gegenüber der Union, und die weiterhin anhaltenden Flüchtlingsströme stellen Europa ebenfalls vor grosse Herausforderungen. In den letzten 12 Monaten hat sich zudem der Konflikt mit der Türkei zunehmend verschärft. Auf der anderen Seite erlebte die erste Hälfte des Jahres 2017 mit den Wahlen in Frankreich und Grossbritannien wieder eine eindeutige Stärkung pro-europäischer Kräfte.

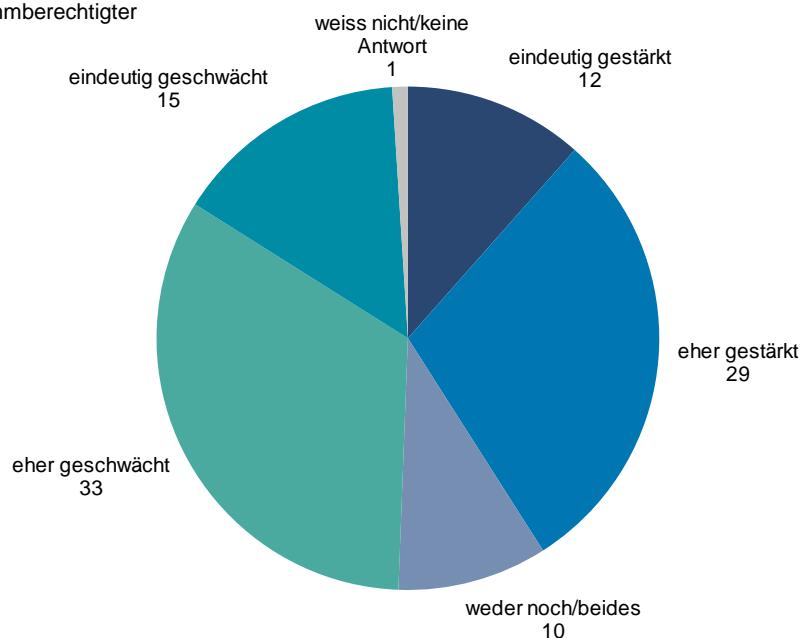
In der Schweiz sind die Meinungen über die Ereignisse der letzten 12 Monate relativ gleichmässig aufgeteilt – mit leichtem Vorteil für die Pessimistinnen und Pessimisten: 41 Prozent sehen die EU eher oder eindeutig gestärkt, 48 Prozent schätzen die Auswirkungen hingegen negativ ein. 10 Prozent der Befragten sind unentschlossen.

Die verhältnismässig gleichmässige Aufteilung der Lager ist Indiz dafür, dass das Meinungsbild der Stimmberchtigten nicht abschliessend gefestigt ist. Es fällt den Stimmberchtigten schwer, eine klare Einschätzung über die Lage der EU abzugeben im Zusammenhang mit der Entwicklung der letzten 12 Monate.

Beurteilung EU aufgrund Ereignisse der letzten 12 Monate

"Denken Sie an die Ereignisse der letzten 12 Monate. Wurde die EU in diesen 12 Monaten Ihrer Ansicht nach eindeutig gestärkt, eher gestärkt, eher geschwächt oder eindeutig geschwächt?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

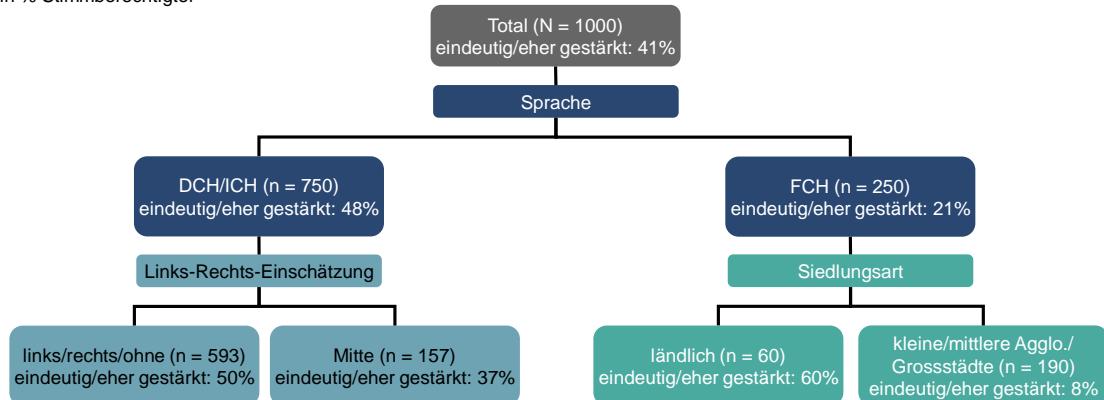
Ein Blick auf die Untergruppen zeigt die grossen Unterschiede in der Beurteilung innerhalb der Schweiz. Die Sprachregion bleibt – wie bereits auch bei der Problemwahrnehmung – der Graben, der für die Einschätzung in Europa-Fragen relevant ist. In der Deutschschweiz und im Tessin ist man insgesamt der Meinung, die EU gehe eher stärker aus den letzten 12 Monaten hervor als schwächer. Spielt die politische Selbsteinschätzung eine Rolle, spaltet sich die Gesamtheit der Stimmberechtigten in der Regel in der Mitte. Für die Frage, wie die Ereignisse der letzten 12 Monate hinsichtlich der Stärke der EU einzuordnen sind, ist das aber erstaunlicherweise nicht der Fall. Leute, die sich links und rechts einordnen, sind in ihrer Einschätzung näher beieinander als Personen in der Mitte. Konkret sehen Stimmberechtigte in der Deutschschweiz und im Tessin, die sich an den Polen einordnen, die EU eher gestärkt (50 %) als Personen in der politischen Mitte (37 %).

In der Romandie ist es das Lebensumfeld, das eine grosse Rolle spielt. Personen auf dem Land sehen die EU mit 60 % am ehesten gestärkt. In den Agglomerationen und den Städten – wo der grösste Teil der welschen Bevölkerung wohnt – fällt das Urteil vollkommen anders aus. Nur gerade 8 Prozent bewerten die Entwicklungen des letzten Jahres als positiv für die EU.

Grafik 24

Profilbaum Beurteilung EU aufgrund Ereignisse der letzten 12 Monate

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

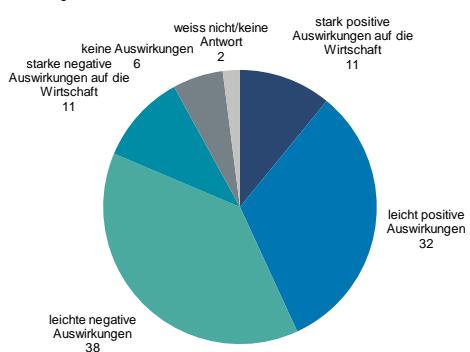
Zwar ist die Kündigung der bilateralen Verträge für eine klare Mehrheit der Befragten kein Thema, die Personenfreizügigkeit als Kernstück dieser Verträge steht aber seit geraumer Zeit unter Druck. Das Ja zur Masseneinwanderungsinitiative, die direkt auf die Personenfreizügigkeit abzielte, fiel im Frühjahr 2014 mit einer Zustimmung von 50.3 Prozent hauchdünn aus. Wie in Kapitel 2.2 zu den politischen Zielen ersichtlich wird, geniesst die Regelung der Zuwanderung über Kontingente aber weit über diesen 50.3 Prozent Zustimmung.

Die eigentlichen Konsequenzen einer eingeschränkten Zuwanderung für Wirtschaft und Gesellschaft werden von den Stimmberechtigten ambivalent beurteilt. Auch hier zeichnet sich wieder ein Meinungsbild ab, das erst wenig gefestigt scheint. Zwischen Konsequenzen für die Wirtschaft und solchen für die Gesellschaft wird dabei kaum unterschieden. Im ersten Fall gehen 49 % von negativen Auswirkungen aus, im zweiten Fall sind es 47 %.

Grafik 25

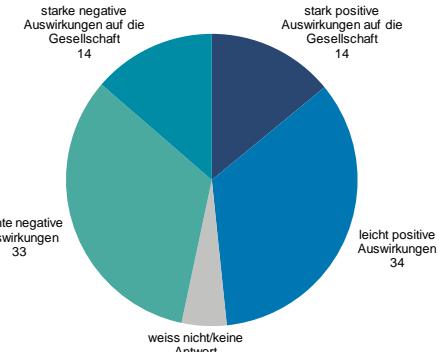
Auswirkungen auf Schweizer Wirtschaft bei Einschränkung Zuwanderung

"In der Schweiz steht die Personenfreizügigkeit politisch unter Druck. Welche Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft würden Sie bei einer Einschränkung der Zuwanderung erwarten?"
in % Stimmberechtigter



Auswirkungen auf Schweizer Gesellschaft bei Einschränkung Zuwanderung

"In der Schweiz steht die Personenfreizügigkeit politisch unter Druck. Welche Auswirkungen auf die Schweizer Gesellschaft würden Sie bei einer Einschränkung der Zuwanderung erwarten?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

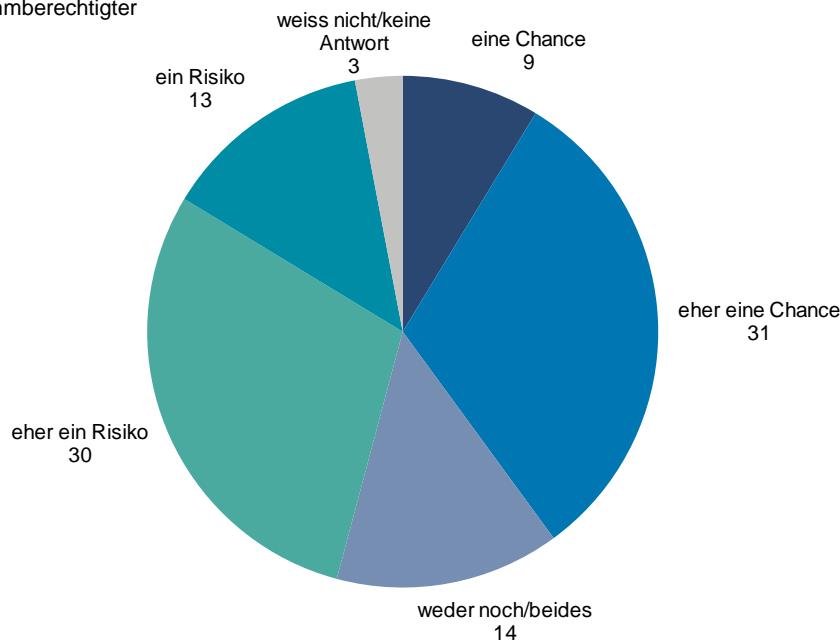
Die Turbulenzen der amerikanischen Aussenpolitik seit der Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump hinterlassen in der Welt ihre Spuren und belasten auch die Beziehungen mit Europa. Welche Auswirkungen das genau für die Position der Schweiz hat, ist in den Augen der Stimmberechtigten noch weitgehend offen. 40 Prozent sehen darin eher eine Chance für die Schweiz, 43 Prozent hingegen ein Risiko. 14 Prozent meinen, keines von beidem, oder aber beides sei der Fall.

Grafik 26

Beurteilung Beziehung Europa - USA

"Die Beziehung zwischen Europa und den USA gilt als belastet. Glauben Sie, diese Entwicklung stellt für die Schweiz eine Chance oder ein Risiko dar?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Es gibt erfahrungsgemäss drei mögliche Umstände, die darauf hinweisen, dass die Meinungsbildung in der Bevölkerung zu einem Thema noch nicht weit fortgeschritten ist: erstens, dass die Lager zwischen Pro und Contra relativ ausgewogen aufgeteilt sind. Zweitens, dass der Anteil dezidierter Meinungen (eine Chance, ein Risiko) verhältnismässig klein ist; und drittens, dass der Anteil unausgerichteter Meinungen (weiss nicht/keine Antwort/weder noch/beides) relativ gross ist. Alle drei der beschriebenen Umstände sind hier gegeben. Die Stimmberechtigten haben demnach klare individuelle *Meinungen* zur EU und der Position der Schweiz in der Welt. Wenn es aber darum geht zu beurteilen, was die effektiven *Folgen* der Politik sind, hält man sich zurück.

2.4 Wirtschaftliches Umfeld

Im vorliegenden Kapitel werden die Einschätzungen zum individuellen wirtschaftlichen Umfeld der Befragten sowie zu jenem der Allgemeinheit diskutiert.

Von 2012 bis und mit 2016 war ein Anstieg in der positiven Bewertung der eigenen Wirtschaftslage zu beobachten. Tatsächlich gaben 2016 so viele Stimmberchtigte wie nie an, es würde ihnen im Moment gut bis sehr gut gehen. Diese

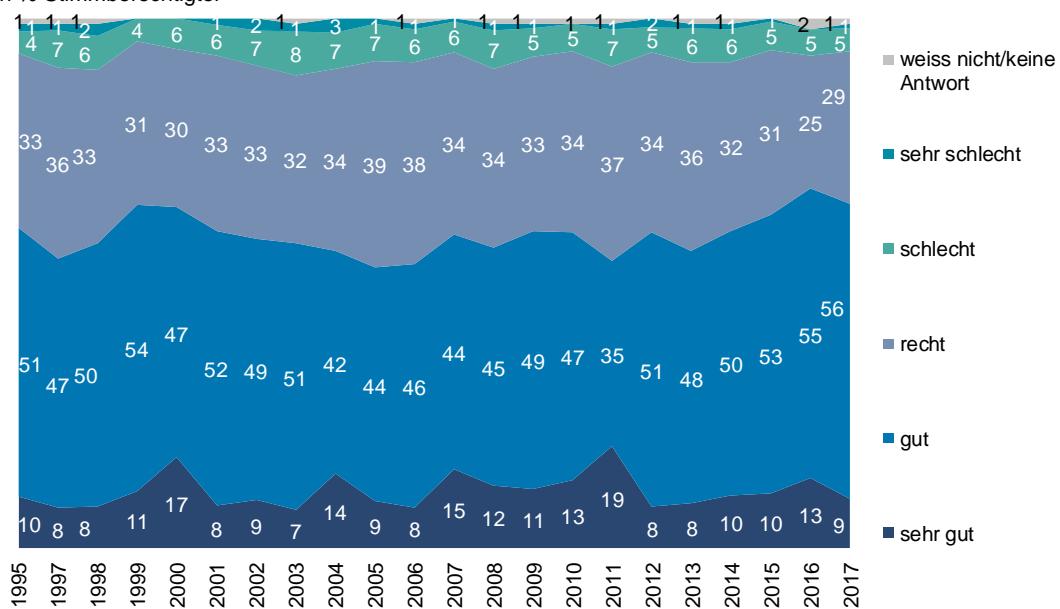
positive Entwicklung setzt sich 2017 so nicht fort. Zwar bleibt der Anteil Personen hoch, welche die eigene Situation positiv beurteilen, aber eine Zunahme ist nicht zu beobachten.

Grafik 27

Trend Aktuelle individuelle wirtschaftliche Lage

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht? Ist dies ..."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Passend zu dieser Stagnation bei der aktuellen Situation wird auch die künftige individuelle Situation leicht schlechter beurteilt. Mehr Stimmberechtigte als 2016 (+7 Prozentpunkte) gehen davon aus, dass es ihnen in Zukunft schlechter gehen wird. Insgesamt bleiben die Lager hinsichtlich der Einschätzung der kommenden Wirtschaftslage über die Jahre aber verhältnismässig sehr konstant.

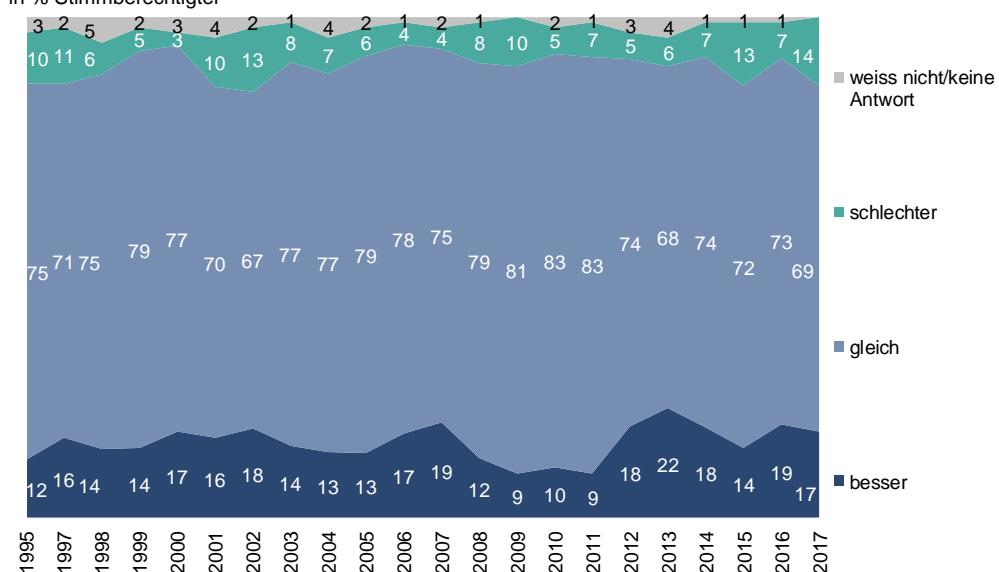
Die Polarisierung der Politik ist eine der grossen Entwicklungen der letzten Jahre, die mittlerweile auch in der Wahrnehmung der Bevölkerung angekommen ist (vgl. Identitätsbarometer 2017). In den letzten Jahren zeichnet sich auch eine – wenn auch erst im Ansatz erkennbare – Polarisierung hinsichtlich ökonomischer Fragen ab: Der Anteil Personen, der die zukünftige Lage als schlechter einschätzt, nimmt zu, ebenso der Anteil, der eine Verbesserung sieht. Stattdessen nimmt der Anteil ab, der die Situation als gleichbleibend einschätzt.

Grafik 28

Trend kommende individuelle wirtschaftliche Lage

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

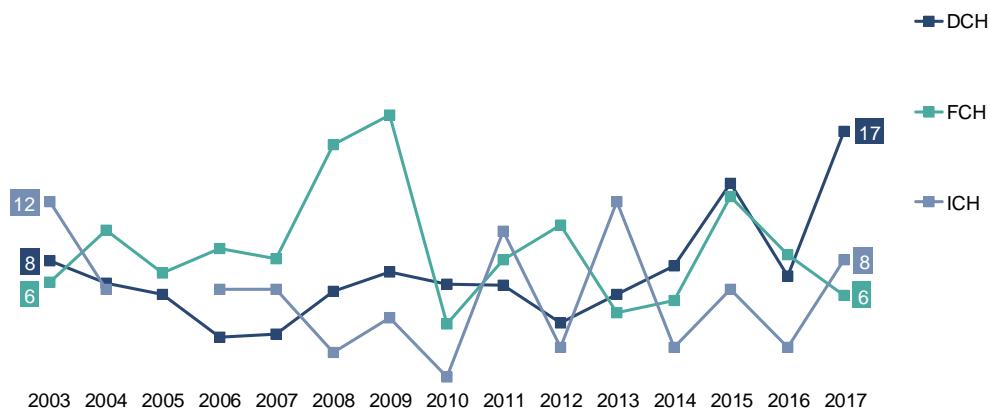
Offensichtlich ist die Entwicklung hin zu einer leicht pessimistischeren Einschätzung der Situation zwischen dem letzten und diesem Jahr stärker durch die Stimmungslage in der Deutschschweiz getrieben. Der Anteil Stimmberechtigter, die denken, dass es ihnen schlechter gehen wird, befindet sich dort auf einem neuen Höchstwert.

Grafik 29

Trend kommende individuelle wirtschaftliche Lage 2003 - 2017 nach Sprache

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen besser, gleich oder schlechter als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigter, die denken, dass es ihnen **schlechter** gehen wird



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

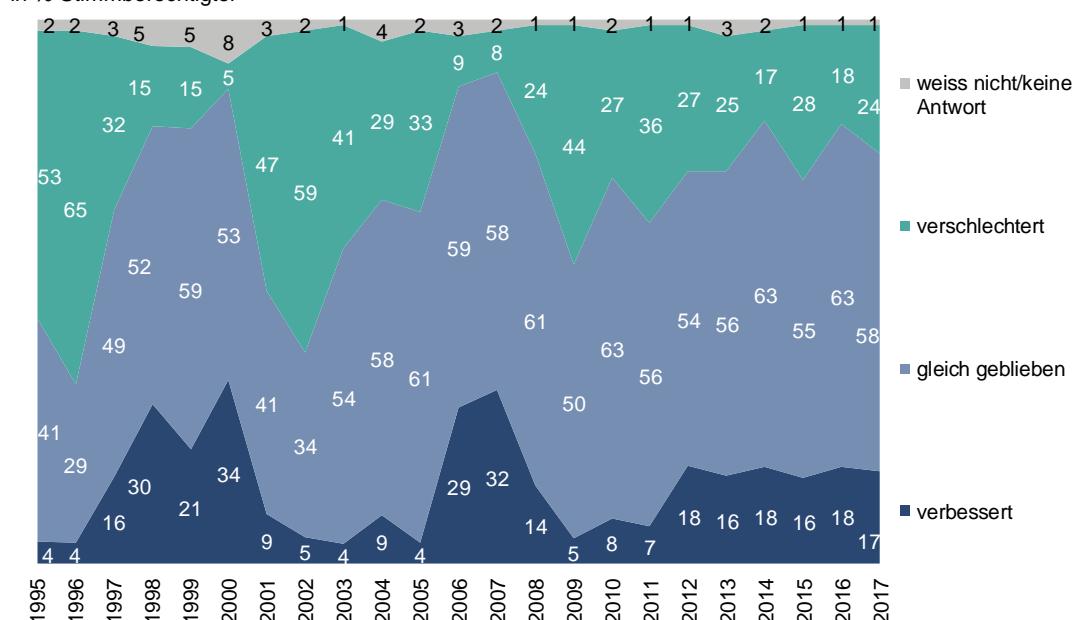
Auch die aktuelle allgemeine Wirtschaftslage wird eher pessimistischer eingeschätzt als im letzten Jahr. Allerdings darf die Entwicklung in der kurzen Frist nicht überbewertet werden. Seit Ausbruch der Finanzkrise 2008 ging es mit der Wirtschaft in den Augen der Stimmberchtigten insgesamt klar bergauf. Der Anteil Personen, die von einer deutlichen Verbesserung ausgehen, bleibt seit 2012 konstant. Blickt man zurück ins Jahr 1995, ist die Entwicklung aber keineswegs negativ. Auffallend ist zudem, dass der allgemeine Optimismus jeweils direkt vor dem Platzen der Dotcom-Blase (1997-2000) und dem Ausbruch der Finanzkrise (2006-2007) einen Höhepunkt erreichte.

Grafik 30

Trend Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"

in % Stimmberchtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

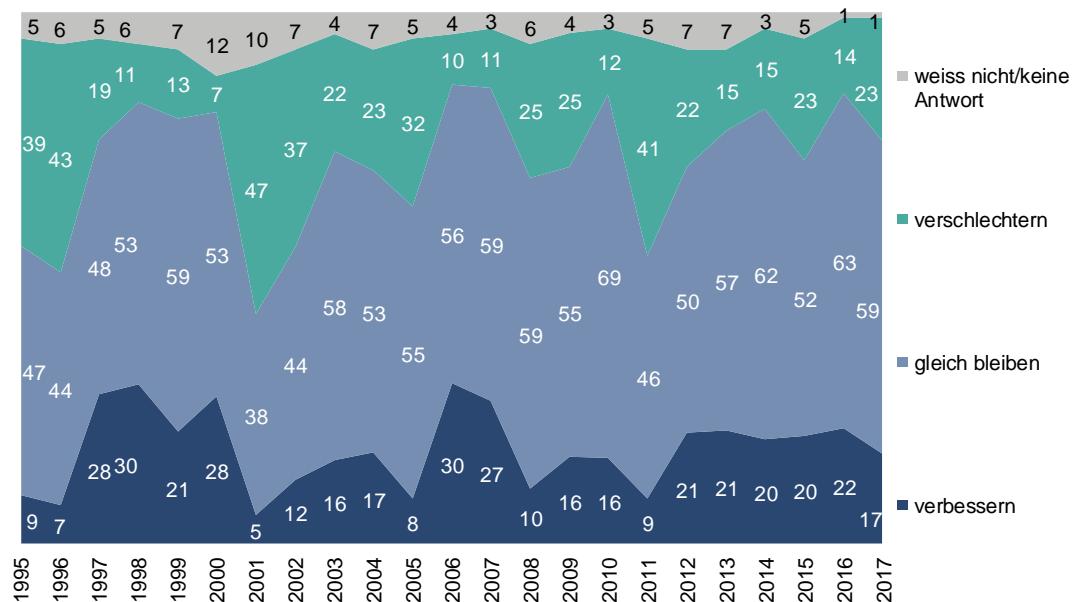
Im Jahr 2011 befand sich der Optimismus der Schweizer Stimmbevölkerung, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, letztmals an einem eindeutigen Tiefpunkt. Demgegenüber geht heute wieder eine klare Mehrheit von einer gleichbleibenden Entwicklung aus. Dennoch sticht ins Auge, dass 2017 der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht, erstmals seit 2012 deutlich abgenommen hat. Auf nachhaltige Verschlechterung deutet jedoch nichts hin.

Grafik 31

Trend Kommende allgemeine wirtschaftliche Lage

"Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage der Schweiz in den kommenden 12 Monaten entwickeln?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

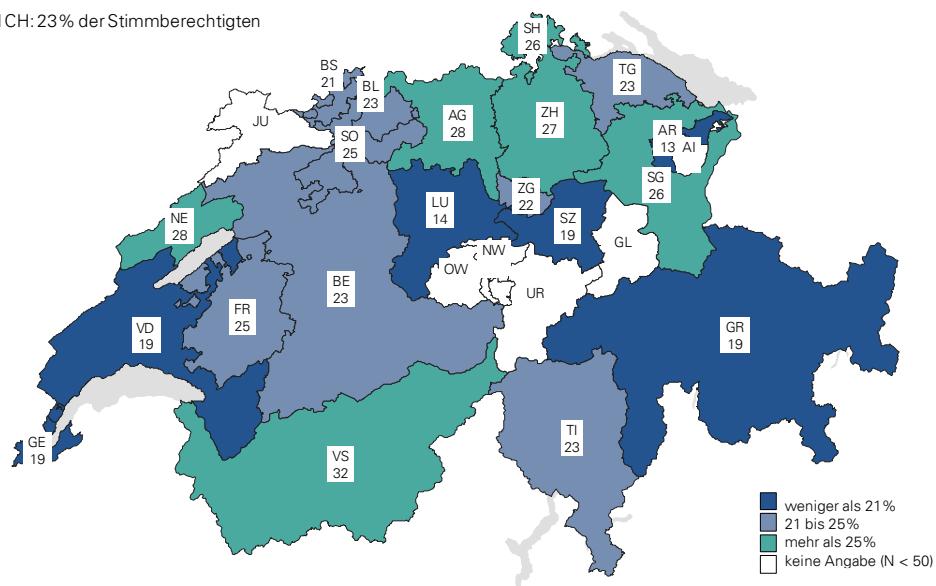
In der Phase der gefühlten Prosperität von 2012 bis heute gibt es einige Kantone, in denen der Optimismus unterdurchschnittlich ausfiel und ausfällt. Besonders skeptisch ist man in den Kantonen Aargau, Zürich, St. Gallen, Schaffhausen, Neuchâtel und Wallis eingestellt. In der Waadt, in Genf, im Graubünden und Teilen der Innerschweiz hingegen fällt die Bewertung der letzten fünf Jahre optimistischer aus.

Grafik 32

Aktuelle allgemeine wirtschaftliche Lage: verschlechtert

"Wie hat sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den vergangenen 12 Monaten entwickelt?"

Mittel CH: 23% der Stimmberechtigten



Angaben nur bei $n \geq 50$

Pool Sorgenbarometer 2012 - 2017

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 6041)

2.5 Kritik und Vertrauen in Institutionen

2.5.1 Wirtschaftsversagen vs. Politikversagen

Der Anteil Schweizerinnen und Schweizer mit der Meinung, die Wirtschaft versage oft, ist 2017 so tief wie nie seit 1996. Aktuell sind nur 23 Prozent dieser Meinung. Diese positive Einschätzung wird auch durch den bisher unerreicht hohen Anteil Personen gestützt, die der Ansicht sind, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen nie (14 %). Nach einer messbaren Verunsicherung während der Jahre 2012 und 2013 ist man heute offensichtlich von den Kompetenzen der Wirtschaft (wieder) sehr überzeugt.

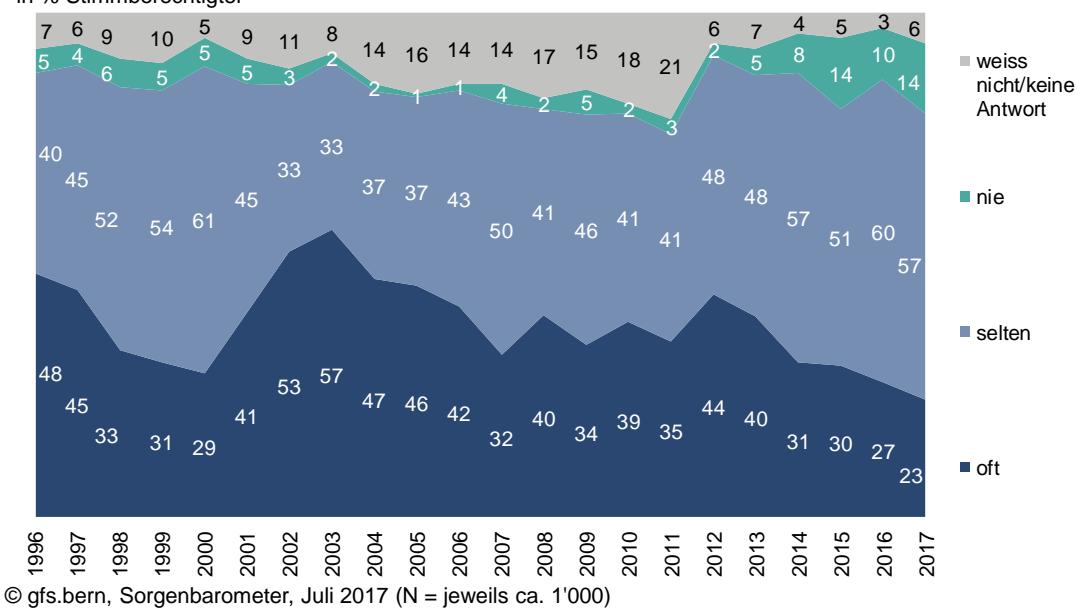
Grafik 33

Trend Wirtschaftsversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (ab 2014)

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen. Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (bis 2013)

in % Stimmberechtigter



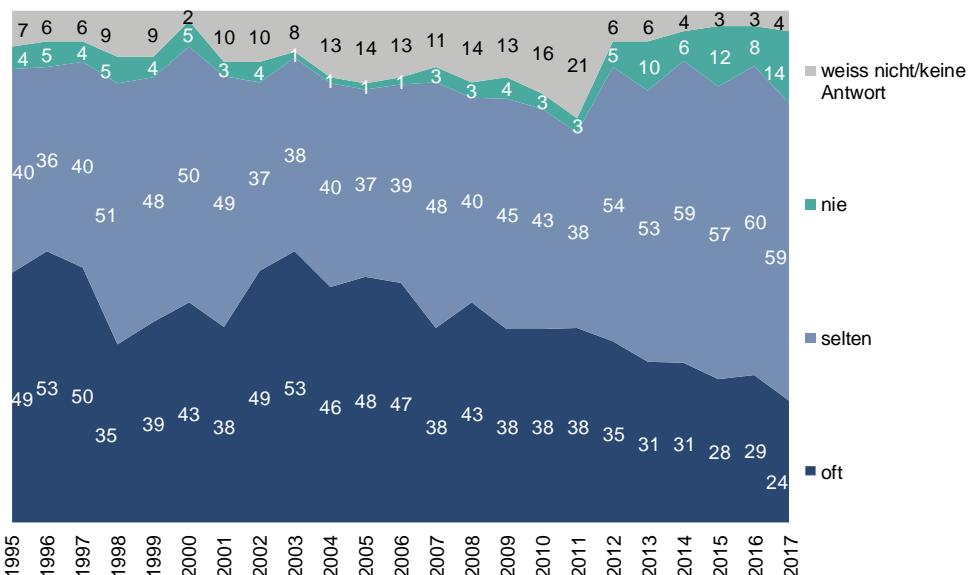
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Eine sehr ähnliche Dynamik ergibt sich auch wenn es um die Bewertung der Politik von Regierung und Verwaltung geht. Traditionell ist die Schweiz ein Land, in dem das Vertrauen in die Politik vergleichsweise sehr hoch ist. Seit 2002 ist zudem im Trend eine deutliche Abnahme des Anteils Personen zu erkennen, welche die Meinung äussern, die Politik würde oft versagen. Anders als bei der Entwicklung im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsversagen ist bei der Bewertung der Politik in den Jahren 2012 und 2013 kein negatives Bild zu erkennen. Der Trend verläuft hier vergleichsweise stetig. Davon abgesehen sind sich die Entwicklung der Meinung zum Politik- und dem Wirtschaftsversagen aber stark ähnlich.

Trend Politikversagen

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

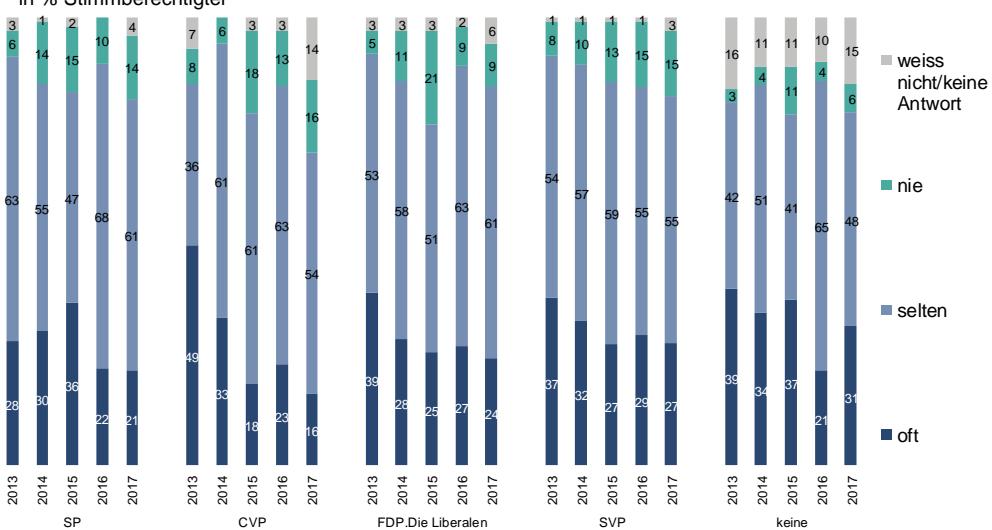
Die politische Gesinnung kann ein entscheidender Faktor sein für die Bewertung der Arbeit von Regierung und Wirtschaft. Während bei Personen mit linker Gesinnung im Vergleich zum letzten Jahr kaum eine Veränderung zu beobachten ist, bewertet man die Wirtschaft im Lager von CVP, FDP und SVP in der Tendenz noch ein wenig besser als 2017. Interessant ist, dass der Anteil Personen mit der Meinung, die Wirtschaft versage oft, bei der SP nun bereits zum zweiten Mal in Folge geringer ist, als bei der klassischen Wirtschaftspartei, der FDP. Wieder deutlich kritischer gehen Personen ohne Parteibindung mit der Wirtschaft um. In diesen Reihen ist aber auch der Anteil Personen besonders hoch, der sich zur Frage nicht äussern möchte.

Grafik 35

Trend Wirtschaftsversagen nach Parteibindung

"Haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"
(ab 2014)

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen. Ist dies oft, selten oder nie der Fall?" (bis 2013)
in % Stimmberechtigter



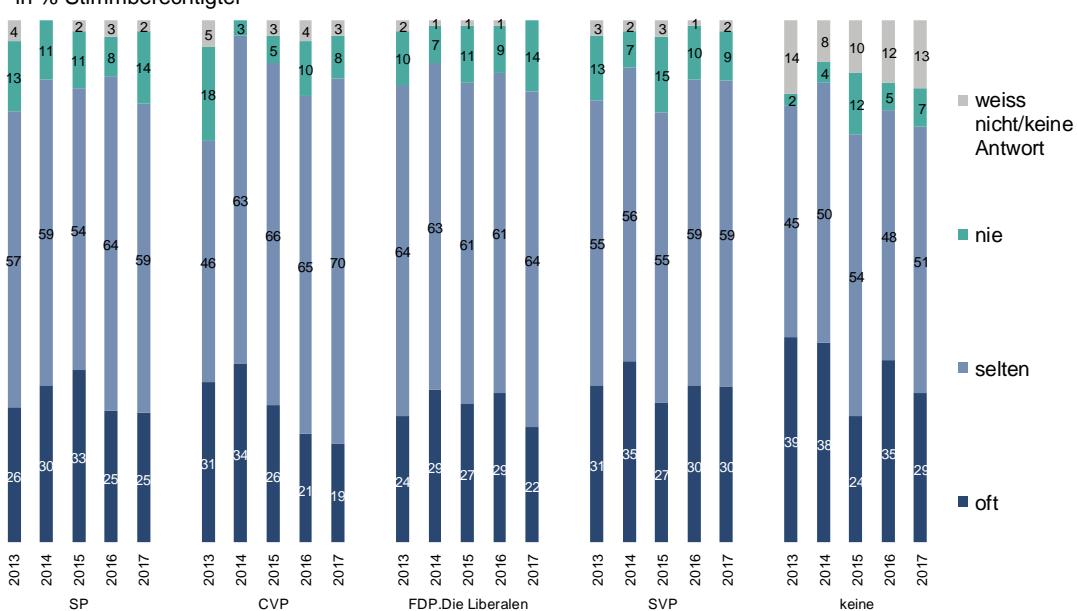
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Auch wenn es um die Bewertung der Arbeit von Verwaltung und Regierung geht, zögern Personen ohne Parteibindung eher, sich klar zu äussern. In den Lagern der vier Bundesratsparteien wird hingegen nirgends ein ernsthaftes Problem in diesem Bezug gesehen.

Grafik 36

Trend Politikversagen nach Parteibindung

"Haben Sie das Gefühl, die Politik von Regierung und Verwaltung versage in entscheidenden Dingen? Ist dies oft, selten oder nie der Fall?"
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

2.5.2 Vertrauen in verschiedene Akteure

Das Bundesgericht geniesst in der Schweiz als Institution den grössten Rückhalt. 66 Prozent geben an, diesem Akteur zu vertrauen. An zweiter Stelle folgen 2017 die Banken. Obwohl das Image einiger Banken unter den Vorkommnissen der letzten Jahre gelitten haben mag, ist das Vertrauen in die Institutionen an sich weiterhin sehr hoch. Die wichtigsten und sichtbarsten politischen Institutionen auf nationaler Ebene – der Bundesrat, der Ständerat und der Nationalrat – folgen auf den Plätzen 3 bis 5.

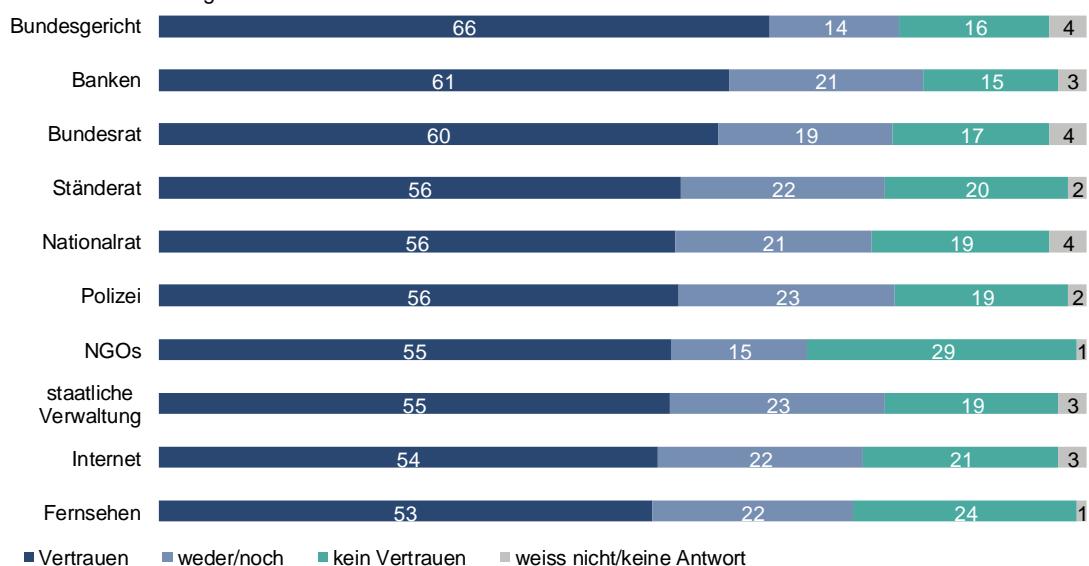
Das Vertrauen in alle abgefragten Institutionen ist gesamthaft gesehen sehr hoch und die Differenzen fallen insgesamt gering aus. Beispielsweise geniessen Ständerat, Nationalrat, Polizei, NGOs und die staatliche Verwaltung allesamt ein Mass an Vertrauen, das sich nur innerhalb des Stichprobenfehler von rund 3 Prozent hinaus unterscheidet.

Grafik 37

Vertrauen in Akteure 2015 (1)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen."

in % Stimberechtigter



■ Vertrauen ■ weder/noch ■ kein Vertrauen ■ weiss nicht/keine Antwort

Grafik 38

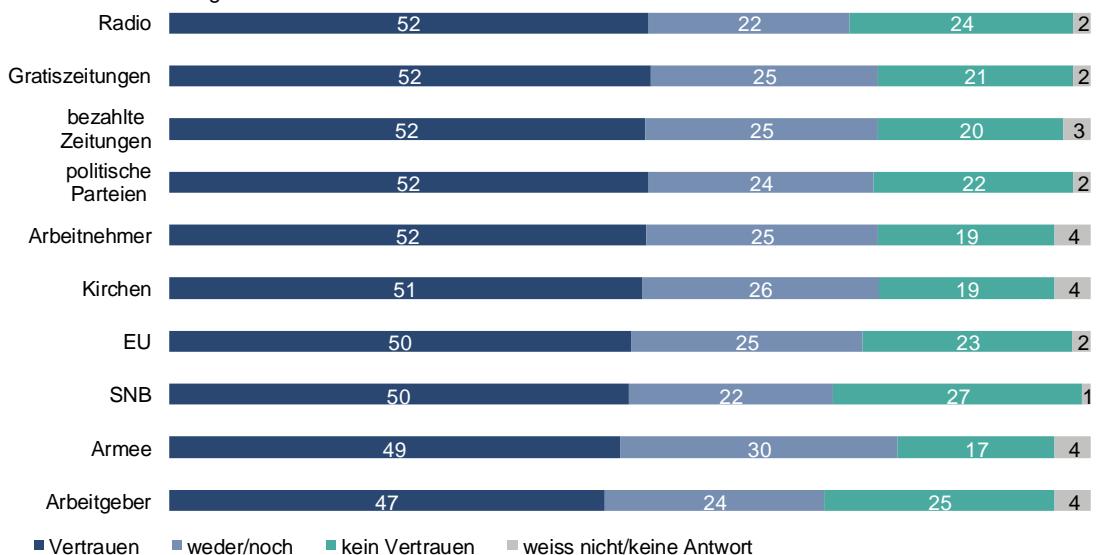
© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Für das Jahr 2017 sind es einzig die Armee und die Arbeitgeber, denen ganz knapp nicht von einer Mehrheit explizit das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Vertrauen in Akteure 2015 (2)

"In der Schweiz gibt es verschiedene Institutionen, wie z.B. Regierung, Gerichte und Banken. Zu diesen kann man unterschiedlich starkes Vertrauen haben. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimberechtigter



■ Vertrauen ■ weder/noch ■ kein Vertrauen ■ weiss nicht/keine Antwort

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Zwischen den Sprachregionen zeichnen sich einige deutliche Differenzen im Vertrauen ab, das den einzelnen Institutionen in den Sprachregionen entgegengebracht wird. Sämtliche der in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten, rot eingefärbten Institutionen geniessen in einem der beiden Landesteile mehrheitlich Vertrauen, dafür im anderen nicht.

Grundsätzlich ist das Vertrauen allen politischen Institutionen gegenüber in der Deutschschweiz ausgeglichener als in der Westschweiz. Die Werte sind in der Deutschschweiz vergleichsweise nahe beieinander. In der Romandie gibt es dagegen einige Institutionen, die sehr hohes Vertrauen geniessen (Bundesgericht, Bundesrat), dafür aber auch solche, denen man nur wenig vertraut. Dazu gehören Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber auch die EU und politische Parteien. Ein Erklärungsansatz für diesen Unterschied bietet die Diskussion und Wahrnehmung der Personenfreizügigkeit in der Romandie. Gerade im Raum Genf, aber auch im Rest der Westschweiz, wird Arbeitsmigration zunehmend als Problem wahrgenommen. Darum ist das Vertrauen in Arbeitnehmer dort auch geringer als in der Deutschschweiz. Arbeitgeber wie auch die Politik sind in den Augen der Stimberechtigten zudem in der Pflicht, hier vertretbare Lösungen zu schaffen, was nicht immer zur Zufriedenheit gelingt. Eine ähnliche Problemwahrnehmung ist im Tessin bereits seit längerem zu beobachten. Das hat sich auch bei der Abstimmung über die Masseneinwanderung gezeigt. Nun scheint es, als sei diese Dynamik auch in der Romandie erkennbar.

Ins Auge sticht auch, dass drei der insgesamt sieben Akteure, denen man in der Romandie mehrheitlich nicht vertraut (im Gegensatz zur Deutschschweiz), aus dem Bereich der Medien kommen: die Gratiszeitungen, die bezahlten Zeitungen und das Radio. Am deutlichsten ist die Differenz bei den Gratiszeitungen. Während etwa 20 Minuten in der Deutschschweiz etabliert ist und stark gelesen wird, wurden Gratiszeitungen in der Romandie erst später eingeführt und haben bis heute einen schwierigeren Stand.

Tabelle 3

Vertrauen in Institutionen

Institution	Vertrauen DCH in %	Vertrauen FCH in %
Banken	64	54
Bundesgericht	64	76
Arbeitnehmer	57	37
politische Parteien	57	40
Nationalrat	56	58
Polizei	56	56
staatliche Verwaltung	56	52
Gratiszeitungen	55	46
Internet	55	51
Arbeitgeber	55	27
Bundesrat	55	76
bezahlte Zeitungen	55	48
Radio	54	49
NGOs	54	61
Ständerat	54	62
EU	53	41
Fernsehen	53	56
Kirchen	51	52
SNB	49	53
Armee	45	60

© gfs.bern, Sorgenbarometer 2017

Das Vertrauen in politische Akteure steigt im Zeitverlauf seit 2005 fast überall an. Die einzige Ausnahme ist die Polizei. Nachdem der Trend des Anstiegs hier bis und mit 2013 ebenfalls beobachtet werden konnte, ist seither wieder eine deutliche Abnahme zu verzeichnen. Allerdings sinkt das Vertrauen nicht unter den Wert von 2005.

Besonders auffällig ist der Anstieg im Vertrauen in die beiden Institutionen, die ursprünglich das geringste Vertrauen genossen: die politischen Parteien und die EU. Obwohl sich die beiden Akteure auch heute noch eher am unteren Rand der Vertrauensrangliste finden, vertrauen ihnen heute im Vergleich zu 2005 deutlich mehr Leute (+36- resp. 30-Prozentpunkte) als damals.

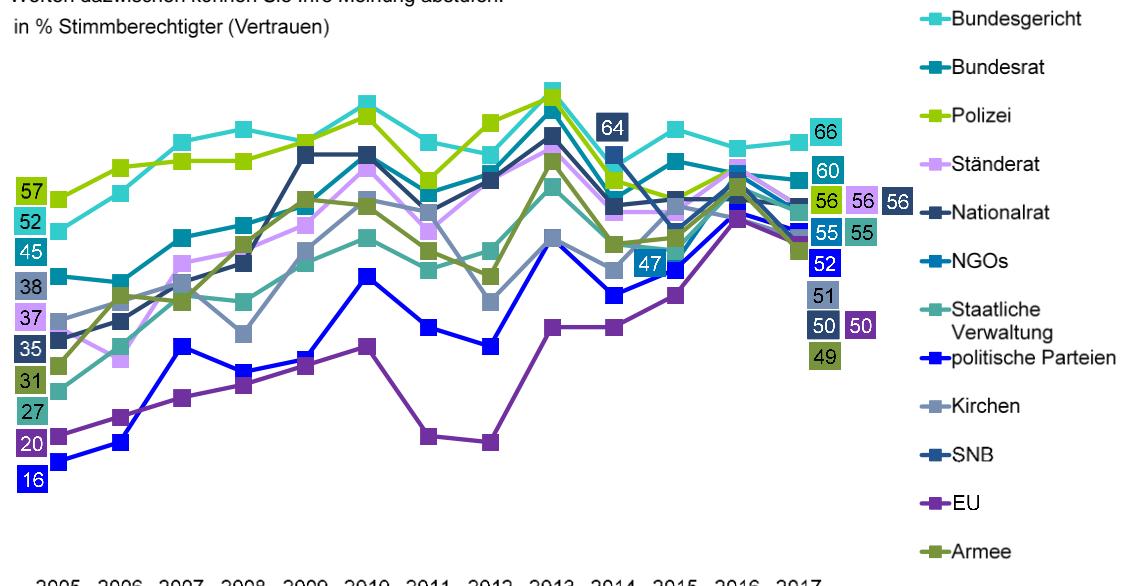
In der Entwicklung des Vertrauens verschiedener Akteure und Institutionen bestehen seit 2005 Parallelen. Bis und mit 2010 gewannen insgesamt alle Akteure an Vertrauen, genau wie im Folgejahr ein Verlust des Vertrauens fast überall beobachtet werden konnte. Insbesondere seit 2013 ist nun aber nicht (mehr) nur eine parallele Entwicklung, sondern auch hier eine Konsolidierung des Vertrauens zu beobachten. Die erzielten Werte sind heute deutlich näher beisammen als noch vor zehn Jahren.

Grafik 40

Trend Vertrauen in Akteure (Politik & Behörden)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



2005 2006 2007 2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

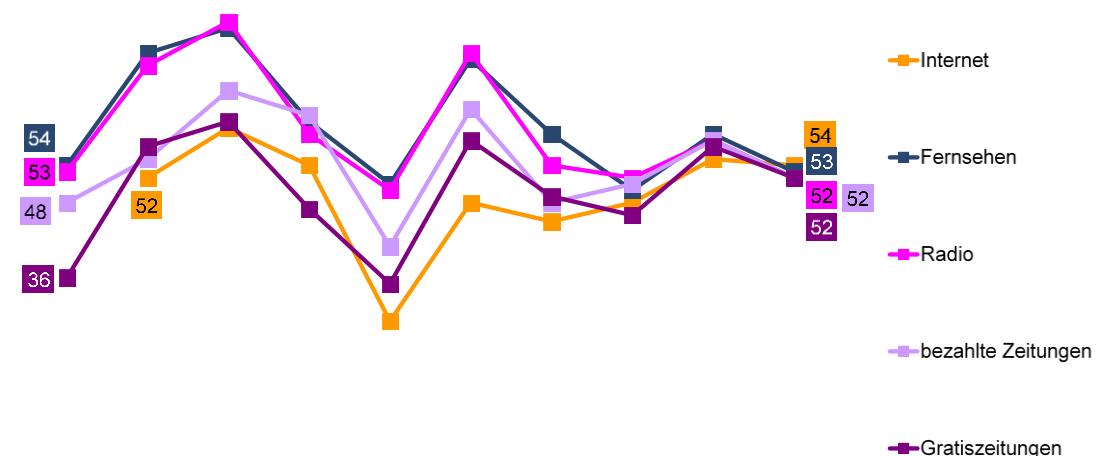
Gerade was das Mediensystem betrifft, ist diese Konsolidierung besonders ausgeprägt. Bis noch vor vier Jahren wurde dem Radio, Fernsehen und zuweilen auch den bezahlten Zeitungen deutlich mehr Vertrauen ausgesprochen als Gratiszeitungen oder dem Internet. Bereits 2015 waren die Unterschiede deutlich geringer, und heute sind die Differenzen zwischen den Akteuren so gering, dass sie sich innerhalb des Stichprobenfehlers befinden. Dabei ist es nicht das erste Mal, dass Medienformen wie dem Internet oder auch Gratiszeitungen von einer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen wird. In den Jahren, wo das vorher der Fall war, lag das geäußerte Vertrauen in die sogenannten klassischen Medien einfach vergleichsweise noch höher. Das ist heute nicht mehr der Fall.

Grafik 41

Trend Vertrauen in Akteure (Medien)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



2008 2009 2010 2011 2012 2013 2014 2015 2016 2017

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

Das Vertrauen in die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft entwickelt sich jeweils – wie es auch sonst bei verwandten Akteuren der Fall ist – parallel. Dabei liegt das Vertrauen in die Arbeitgeber jeweils etwas tiefer. Beide Werte kreisen in den letzten fünf Jahren mal mehr, mal weniger nah um die 50 Prozentmarke.

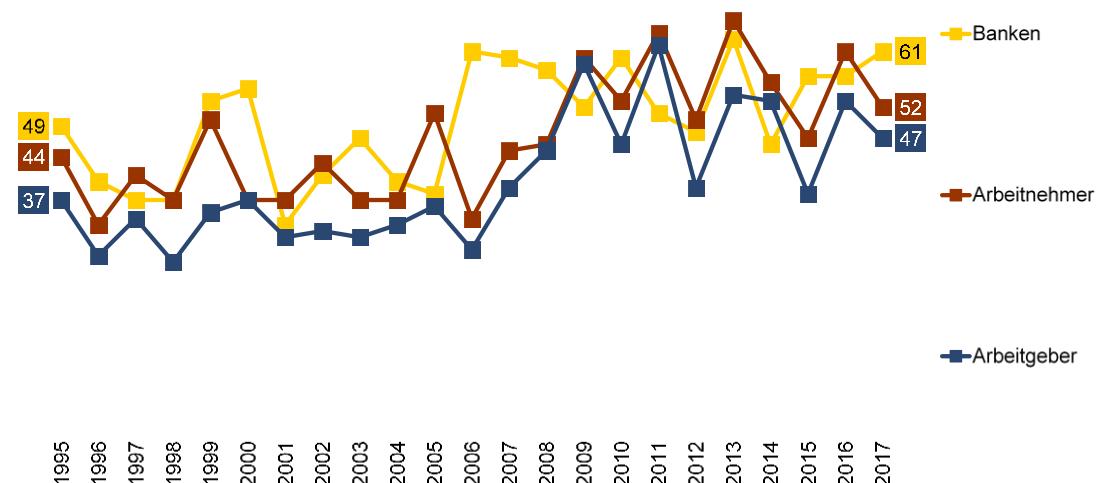
Eindeutig erholt hat sich das Vertrauen in die Banken. Im Jahr 2009, unmittelbar nach Ausbruch der Finanzkrise, nahm dieses zwar etwas ab, ein nachhaltig tiefer(er) Wert stellte sich jedoch nicht ein. Im Jahr 2006 gewannen die Banken relativ plötzlich deutlich an Vertrauen. Heute sind die hohen Werte von damals wieder weitgehend erreicht.

Grafik 42

Trend Vertrauen in Akteure (Wirtschaft)

"Sagen Sie mir bitte anhand dieser Skala, wie gross Ihr persönliches Vertrauen in jede dieser Institutionen ist, die ich Ihnen jetzt vorlese. '1' bedeutet, dass Sie kein Vertrauen dazu haben, '7' bedeutet, dass Sie grosses Vertrauen dazu haben. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen."

in % Stimmberechtigter (Vertrauen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = jeweils ca. 1'000)

2.6 Altern in der Schweiz

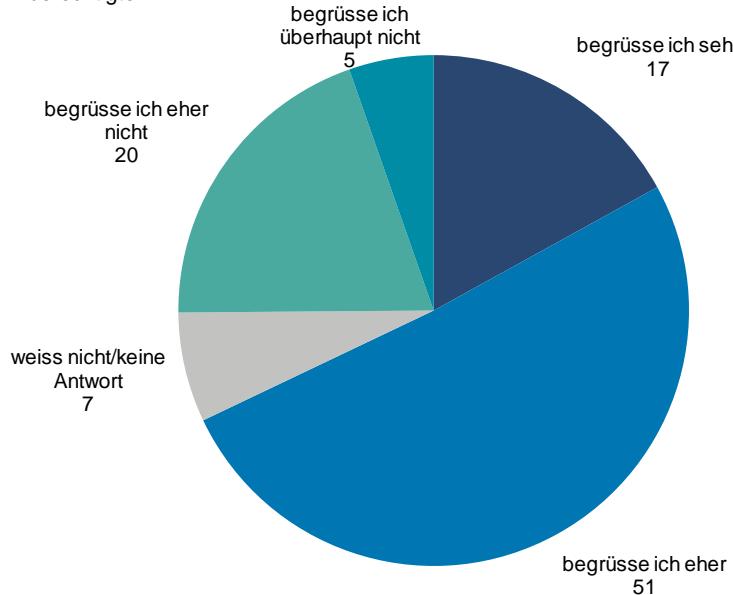
Lag die Lebenserwartung um 1900 in der Schweiz noch bei 42 Jahren, liegt sie heute mit 82 Jahren fast doppelt so hoch.¹ Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer beurteilt die gesellschaftlichen Auswirkungen des längeren Lebens als positiv. Vorbehaltlos gut (begrüsse ich sehr) finden sie allerdings nur 17 Prozent. Weitere 51 Prozent finden die Auswirkungen eher begrüssenswert. Es findet sich aber auch ein Viertel der Befragten, die das längere Leben nicht generell als positiv für die Gesellschaft bewerten.

¹ Quelle: <https://ourworldindata.org/>

Gesellschaftliche Auswirkungen längeres Leben

"Der medizinische und technische Fortschritt führt dazu, dass Menschen immer länger leben. Wie beurteilen Sie die damit verbundenen gesellschaftlichen Auswirkungen?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Es gibt in dieser Frage verschiedene soziodemografische Merkmale, welche die Beurteilung dieser Frage entscheidend beeinflussen:

- Personen, die nicht erwerbstätig sind, beurteilen die Frage deutlich kritischer als Stimmberechtigte, die einer bezahlten Arbeit nachgehen
- Zwischen 40 und 70 Jahren wird die Frage deutlich positiver beurteilt als dies bei jüngeren (bis 40 Jahre) oder aber älteren Menschen (ab 70 Jahren) der Fall ist.
- In der Beurteilung des "langen Lebens" unterscheidet sich das Tessin vom Rest der Schweiz. Der Anteil Personen, der die Entwicklung für die Gesellschaft als positiv wertet, ist im Tessin deutlich höher als in der Deutsch- und der Westschweiz.

Diese Unterschiede manifestieren sich auch im Answer-Tree zur Frage nach der Beurteilung des "langen Lebens". Das Tessin unterscheidet sich in der Wahrnehmung vom Rest der Schweiz:

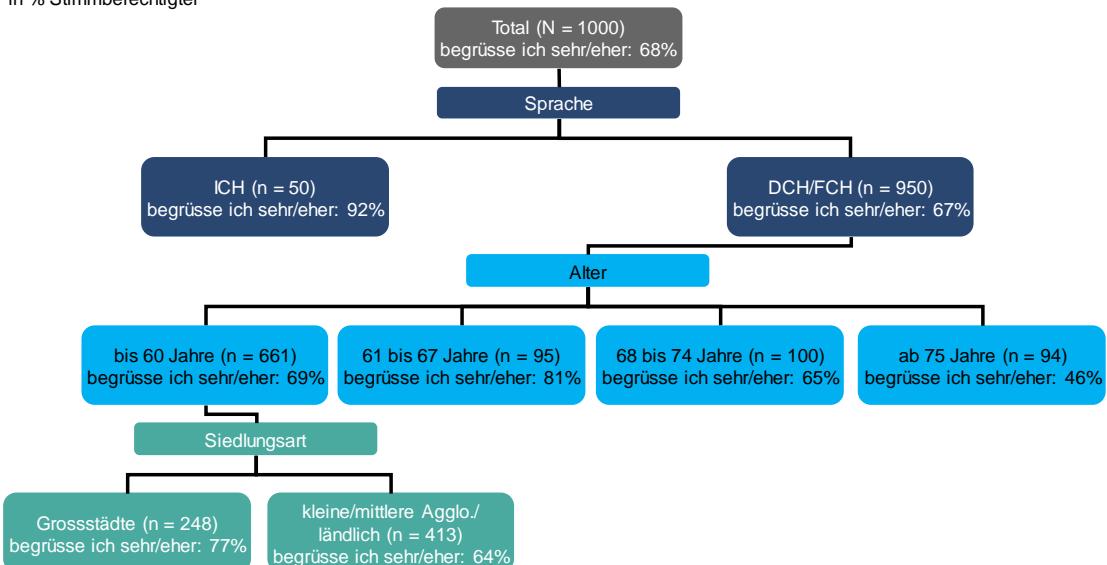
- Personen unter 60 Jahren unterscheiden sich – rein aufgrund ihres Alters – nicht signifikant in ihrer Einschätzung. In dieser Kohorte spielt aber das Lebensumfeld offensichtlich eine Rolle. Menschen, die im urbanen Raum wohnen, beurteilen das "lange Leben" und die damit einhergehenden Auswirkungen auf die Gesellschaft deutlich positiver als Personen die auf dem Land oder in der Agglomeration wohnen.
- Besonders begrüßt werden die Auswirkungen des längeren Lebens in der Gruppe derjenigen, die kurz vor oder unmittelbar nach der Pension stehen. Danach nimmt die positive Beurteilung wieder ab. Insgesamt kann jedoch gesagt werden, dass Personen unter 75 Jahren das längere Leben mehrheitlich begrüßen.
- Ganz anders sieht es hingegen in der Gruppe der über 75-Jährigen aus. Ausgerechnet in der ältesten Kohorte begrüßt, im Gegensatz zum Rest

der Bevölkerung, nur eine Minderheit die Auswirkungen der alternden Bevölkerung auf die Gesellschaft. Also ist gerade jene Gruppe, die das "lange Leben" aus nächster Nähe beurteilt, diesem gegenüber am kritischsten eingestellt.

Grafik 44

Profilbaum Gesellschaftliche Auswirkungen längeres Leben

in % Stimmberchtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Eine Gesellschaft, die immer länger lebt, bedarf auch gewisser Anpassungen und Umstellungen der etablierten Lebensform. Beispielsweise findet eine ganz klare Mehrheit, dass man Menschen im hohen Alter besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen muss, als dies heute der Fall ist (91 % sehr/eher einverstanden). Dieser Meinung ist man ungeachtet von Geschlecht, Alter oder Partei. Allerdings ist der Anteil Personen, der dezidiert dieser Meinung ist, grösser, je weiter links man sich im Parteispektrum bewegt. In den Agglomerationen sieht man dieses Problem etwas weniger als auf dem Land oder in den Grossstädten.

Die finanzielle Absicherung bis ins hohe Alter wird in der Schweiz als ungenügend angesehen. Diese Meinung wird durch alle Altersgruppen hindurch geteilt. Ganz Junge oder aber Personen ab 60 sind jedoch etwas weniger eindeutig dieser Meinung als die Alterskohorten dazwischen.

Eine obligatorische Alterspflegeversicherung, die letztlich auch mit einer gewissen finanziellen Sicherheit und Entlastung einhergeht, findet jedoch (knapp) keine mehrheitliche Zustimmung.

Die insgesamt positive Bewertung der älter werdenden Gesellschaft hängt mit verschiedenen Faktoren zusammen. So ist man einverstanden damit, dass eben auch höhere Lebensqualität dadurch entsteht, dass die Erwerbstätigkeit im Alter nicht mehr so einseitig dominiert wie während der Zeit des aktiven Berufslebens. Und schliesslich macht die Automatisierung das Leben im Alter in den Augen einer Mehrheit auch angenehmer.

Grafik 45

Meinungen zum Thema Altern

"Man hört verschiedene Argumente zum Thema Altern – sagen Sie mir bitte, ob Sie mit diesen Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben "Die Gesellschaft muss Menschen im hohen Alter besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen."

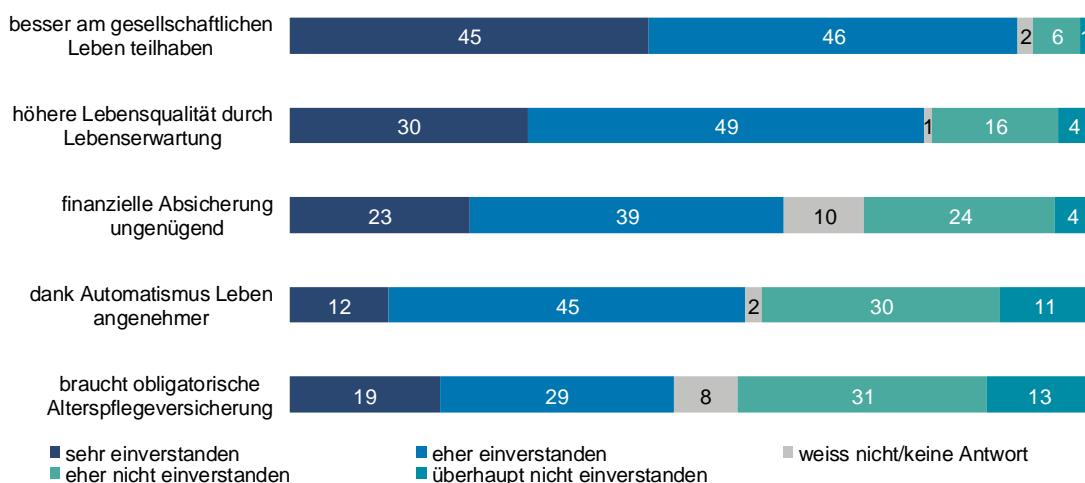
höhere Lebensqualität durch Lebenserwartung "Im hohen Alter dominiert nicht mehr die Erwerbsarbeit einseitig – das gibt eine höhere Lebensqualität."

finanzielle Absicherung ungenügend "Die finanzielle Absicherung für das hohe Alter in der Schweiz ist ungenügend."

dank Automatismus Leben angenehmer "Dank Automatisierung und Robotern wird das Leben im Alter immer angenehmer."

braucht obligatorische Alterspflegeversicherung "Es braucht eine obligatorische Alterspflegeversicherung."

in % Stimberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (N = 1000)

Eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung sieht ihrer Situation im Alter zuverlässig entgegen und zwar trotz der aktuellen Diskussionen über die Schwierigkeiten bei der Sanierung der Altersvorsorge oder eben der möglichen Gefahr, im Alter den Anschluss an die Gesellschaft zu verlieren. Dabei ist es aber so, dass man für die Zeit unmittelbar nach der Pension noch besonders zuversichtlich ist, sich danach aber doch ein klarer Rückgang einstellt. Dennoch, auch der Zeit als hoch Betagte über 85 Jahre sieht man noch mit einem gewissen, wenn auch nicht mehr überschwänglichen Optimismus entgegen.

Grafik 46

Filter Zuversicht Situation im Alter

"Denken Sie nun an Ihre Zeit im Alter ab 65. Wie zuversichtlich sehen Sie Ihrer Zeit in diesem Alter alles in allem entgegen?"

in % Stimberechtigter, die jünger als die jeweilige Alterskategorie sind



Filter Zuversicht Situation im Alter

"Denken Sie nun an Ihre Zeit im Alter ab 65. Wie zuversichtlich sehen Sie Ihrer Zeit in diesem Alter alles in allem entgegen?"

in Mittelwerten Stimberechtigter, die jünger als die jeweilige Alterskategorie sind



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (n variable zwischen 761 und 984)

© gfs.bern, Sorgenbarometer, Juli 2017 (n variable zwischen 761 und 984)

2.7 Zufriedenheitsfaktoren

Die Bewertung des aktuellen Lebensumfelds beschränkt sich nie einfach nur auf den tatsächlichen, gelebten Moment. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit prägen die Einordnung der Gegenwart genauso wie die Hoffnungen für die Zukunft.

Mithilfe einer multivariaten Regressionsanalyse wurde untersucht, welche Faktoren für die Zufriedenheit der Bevölkerung relevant sind. Die Farbe beschreibt die Stossrichtung der Wirkung – blaue Elemente wirken sich statistisch signifikant positiv auf die Zufriedenheit aus, gelbe negativ.

Betrachtet man die Faktoren, welche die Zufriedenheit signifikant beeinflussen, bestätigt sich auch für die Schweiz, was in der langen Tradition der Glücksforschung postuliert wird. Die ökonomische Sicherheit ist ein zentrales Element: Wer die eigene, aktuelle wirtschaftliche Lage positiv bewertet und wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht, ist deutlich zufriedener, als jemand, bei dem das nicht der Fall ist.

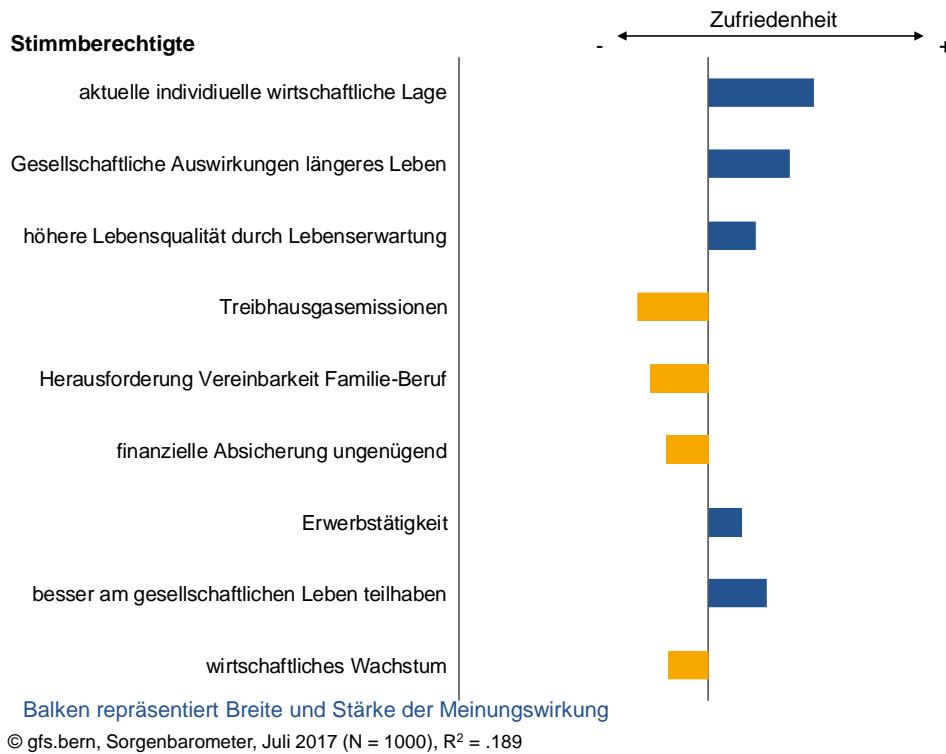
Über diese klassischen Faktoren hinaus ergeben sich aber auch weitere Elemente, die signifikant auf die Zufriedenheit wirken. Albert Einstein sagte einst: "Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn ich gedenke in ihr zu leben". Dieser Gedanke ist auch in der Bevölkerung der Schweiz verankert. Wer nämlich die gesellschaftlichen Auswirkungen des längeren Lebens als positiv betrachtet und der Meinung ist, die höhere Lebenserwartung fördere durch den weniger einseitigen Fokus der ganzen Lebenszeit auf die Erwerbstätigkeit auch die Lebensqualität, ist heute schon zufriedener als Personen, bei denen das nicht der Fall ist. Wer es wichtig findet, dass Ältere besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ist ebenfalls zufriedener.

Wer hingegen rasche Fortschritte im Umweltschutz (Reduktion der Treibhausgasemissionen) oder auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als wichtige politische Ziele definiert, ist deutlich unzufriedener. Beides sind politische Ziele, bei denen es schwierig ist, umfassende und schnell greifende Reformen umzusetzen. Die Dringlichkeit verbindlicher Reduktionsziele im Bereich des Klimawandels wird von vielen als absolut gegeben angesehen. Es gibt aber weiterhin (weltweit) eine Zahl Akteure, die sich solchen Zielen hartnäckig entgegenstellen – besonders prominent darunter auch US-Präsident Donald Trump.

Schliesslich sind Personen, denen es besonders wichtig ist, wirtschaftliches Wachstum zu erzielen, ebenfalls leicht unterdurchschnittlich zufrieden. Gerade in politischer Hinsicht gab es in jüngster Vergangenheit durchaus Vorkommnisse, die auf das Wachstum und somit indirekt auch auf die Zufriedenheit der am Wirtschaftswachstum interessierten Personen Auswirkungen gehabt haben dürften. Die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III und die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative sorgten beispielsweise zeitweise für (Rechts-)Unsicherheit sowohl national als auch international.

Die Erklärungskraft des Modells liegt bei knapp 20 % (R^2 0.189). Obwohl das Modell somit interessante Stossrichtungen und Einblicke preisgibt, bleibt der Grossteil der Zufriedenheit (rund 80 %) nicht erklärbar durch die einbezogenen Grössen.

Regressionsanalyse Zufriedenheit gegenwärtige Situation



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: u.a. ökonomische Zufriedenheit, Einstellung zu politischen Zielen, Einstellung zum Leben im Alter) auf eine abhängige Variable (Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zur Zufriedenheit (blau) oder eher zur Unzufriedenheit (orange) beiträgt. Elemente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

3 Synthese

Aus den nun vorgelegten Analysen und Überlegungen lassen sich die folgenden Befunde und Arbeitsthesen zum Credit Suisse Sorgenbarometer 2017 ableiten:

Befund 1

Die vier traditionellen Themenkomplexe, welche die Sorgenlandschaft der Schweizerinnen und Schweizer strukturieren, bleiben bestehen: die Migrationsthematik (Ausländerinnen/Ausländer/Flüchtlinge), die wirtschaftliche Entwicklung (Arbeitslosigkeit/Euro-Krise), die Beziehung zu und Entwicklung in Europa (EU/Europa/Euro-Krise) und das Bedürfnis nach individueller Sicherheit und Wohlbefinden (Altersvorsorge/Gesundheit, Krankenkassen) fassen die wichtigsten Sorgen zusammen. In der Priorisierung der vier Themenkomplexe ergeben sich aber Verschiebungen.

Befund 2

Nachdem die Ausländerthematik und auch die Flüchtlingsfrage ab 2009 immer mehr an Problemdruck dazugewonnen haben, setzt sich diese Entwicklung seit 2015 nicht weiter fort. Seit dem letzten Befragungsjahr gewinnen stattdessen Probleme im Themenkreis der sozialen Sicherheit und Gesundheit – klassische innenpolitische Themen – an Wichtigkeit. In der langen Frist seit 2003 rücken zudem die Themen Verkehr und Energie auf tieferem Niveau vor.

Befund 3

Aus einer ökonomischen Sicht sind die Krisenjahre vorbei. Die Wirtschaft ist in den Augen der Stimmberchtigten rehabilitiert. Der Anteil Schweizerinnen und Schweizer, die der Meinung sind, dass die Wirtschaft selten oder nie versage, ist so gross wie in den letzten 20 Jahren nie, und auch Banken und Konzernen allgemein wird wieder Vertrauen geschenkt.

Befund 4

Die Wünsche der Stimmberchtigten im Umgang mit der Beziehung zur EU sind seit Jahren stabil und werden ganz klar durch das Bedürfnis geprägt, die bilateralen Verträge fortzusetzen. Eine Kündigung der Bilateralen ist für Mehrheiten kein Thema. Die Kontrolle der Einwanderung über Kontingente ist aber weiterhin mehrheitlich gewünscht.

Befund 5

Die Frage der Zuwanderung und der Beziehung zur EU wird besonders in der Romandie zuweilen kritisch bewertet. Das Thema der Ausländer und Ausländerinnen wird in der Romandie als deutlich grösseres Problem wahrgenommen als in der Deutschschweiz. Der Anteil, der sich eine Kontrolle der Zuwanderung mittels Kontingenten wünscht oder die Kündigung der Bilateralen als Option in Betracht zieht, ist ebenfalls grösser als in der Deutschschweiz, wo man sich auch einen EU-Beitritt eher vorstellen kann.

Befund 6

Politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Institutionen geniessen in der Schweiz traditionell sehr grosses Vertrauen. An diesem Befund hat sich auch dieses Jahr nichts geändert. Die Stimmberchtigten differenzieren dabei allerdings weniger zwischen den einzelnen Institutionen als früher und schlagen beispielsweise die Medien verstärkt über einen Kamm. Während das Vertrauen in der Deutschschweiz fast überall gegeben und recht hoch ist, herrscht in der Romandie dagegen eine kritischere Beurteilung vor.

Befund 7

Der Einfluss moderner Technik und Medizin auf die Lebenserwartung wird weitgehend positiv gesehen. Auch der Zeit bis ins hohe Alter wird eher positiv entgegengesehen. Gerade bei Betagten zeigen sich aber auch kritische Meinungen. Die Erwartung, dass Menschen im hohen Alter künftig besser in die Gesellschaft eingebunden werden, wird klar geäussert. Diese Erwartung ist auch ein essentieller Treiber für die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem Leben.

Hypothese 1

Seit 2015 ist eine Wende in der Entwicklung der Problemwahrnehmung zu erkennen. Probleme, die stärker an die Aussenpolitik geknüpft sind, verlieren national an Dringlichkeit. Das gilt für die Ausländer- und Flüchtlingsfrage, aber auch für die Beziehung mit der EU. Nach der intensiven Auseinandersetzung mit der EU-Frage rund um die Annahme und Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ist ein wichtiger Eckpfeiler für den künftigen Weg gesetzt. Stattdessen gewinnen innenpolitische Themen an Wichtigkeit. Es bleibt zu sehen, inwiefern sich diese Entwicklung in einem neuen Themenzyklus manifestiert, und ob dies Implikationen für die politische Arbeit hat.

Hypothese 2

Die Beurteilung der allgemeinen aktuellen und zukünftigen Wirtschaftslage fällt in der Schweiz sehr positiv aus und drückt eine Erholung seit der Krise 2008 aus. Auch die individuelle Wirtschaftslage wird heute als gut eingeschätzt. Während die Mehrheit der Befragten davon ausgeht, dass es ihnen in Zukunft gleich gut geht wie heute, ist seit 2012 bei optimistischeren (besser) und pessimistischeren (schlechter) Beurteilungen mehr Bewegung zu erkennen. Es bleibt zu sehen, ob sich hier eine Polarisierung abzeichnet, die sich unmittelbar auch auf die Zufriedenheit der Schweiz im Gesamten auswirken könnte.

Hypothese 3

Die Schweizerinnen und Schweizer sind ein dem ausgewogen liberalen Gedankengut zugeneigtes Volk. Die Wirtschaft hat einen hohen Stellenwert und genießt viel Vertrauen. Dieses Vertrauen kann jedoch auch schnell einbrechen. Auch wenn Unternehmen als wichtige Stütze der Volkswirtschaft gelten, so sind sie nicht unangreifbar – und im digitalen Medienzeitalter können sich Meinungen sehr rasch bilden und Skandale schnell entstehen.

4 Anhang

4.1 gfs.bern-Team



LUKAS GOLDER

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



CLOÉ JANS

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Image- und Reputationsanalysen, Jugend- und Gesellschaftsforschung, Abstimmungen / Kampagnen / Wahlen, Issue Monitoring / Begleitforschung politische Themen, Medienanalysen, gesundheitspolitische Reformen und Fragen, qualitative Methoden



PETRA HUTH

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin und Ökonomin

Schwerpunkte:

Politische Ökonomie, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Themen- und Issue-Monitoring, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung, Qualitative Methoden, Politische Bildung, Fact Scouting und Kontext- und Benchmarkanalysen



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



KATRIN WATTENHOFER

Praktikantin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen

gfs.bern ag
Hirschengraben 5
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon +41 31 311 08 06
Telefax +41 31 311 08 19
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands
Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass
keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs-
oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

